

Peter Melichar

War Otto Ender ein (Austro-)Faschist? Zur politischen Haltung eines österreichischen Politikers der Zwischenkriegszeit

■ In der Einleitung zu meinem Buch über Otto Ender habe ich – offenbar missverständlich – eine Dämonisierung Enders als Austrofaschist abgelehnt, indem ich Folgendes schrieb:

„So wenig es heute noch um eine Heiligsprechung eines Politikers gehen kann, so wenig ist seine Dämonisierung sinnvoll, etwa als Austrofaschist. Ender hat sich an einer Regierung beteiligt, die ein faschistisches Regime etablierte. Ob der Begriff Austrofaschismus, der ursprünglich ein politischer Kampfbegriff war, um die Politik der Heimwehren zu bezeichnen, für die Charakterisierung der Politik von Dollfuß und seinen Mitstreitern einen Erklärungswert hat, muss hier nicht entschieden werden. Mir persönlich scheint der Begriff als analytische Kategorie der Forschung wenig brauchbar. Was soll er erklären? Dass der österreichische Faschismus etwas gemütlicher war als der italienische Faschismus oder gar der deutsche Nationalsozialismus?“¹

Kurt Greussing hat eine Besprechung meines Buches zum Anlass genommen, sich mit Enders politischer Haltung auseinanderzusetzen. Er kritisiert im Zuge dessen, dass ich „in der Bezeichnung Enders als ‚Austrofaschist‘ eine ‚Dämonisierung‘“² sehe. Greussing hält das Konzept Austrofaschismus für brauchbar und beanstandet, dass ich es nicht anwende. Zudem versuchte er – mit Bezug auf eine Rede vom 1. Mai 1933 in Rankweil –, Otto Ender als Sympathisanten nicht des österreichischen Nationalsozialismus, wohl aber des Nationalsozialismus im Deutschen Reich zu charakterisieren.

In einer von Harald Walser moderierten Diskussion zwischen Kurt Greussing und mir unter dem Titel „War Otto Ender ein Faschist?“³ hatte ich Gelegenheit, meinen diesbezüglichen Standpunkt darzustellen. Im Folgenden skizziere ich meine Überlegungen zu diesen Fragestellungen schriftlich, nicht zuletzt in der Hoffnung, dass sie als Anregung zu weiterem Nachdenken verstanden werden. Denn es ist klar, dass es hier – nachdem die Fakten unstrittig sind – um Fragen der Interpretation geht, die immer umstritten sein werden. Vielleicht geht es aber eigentlich auch um Fragen der Methodik, des Zugangs zu einem Forschungsgegenstand.

Eine Bemerkung zur Geschichte des Austrofaschismus und zum Begriff

Um zu beantworten, ob Ender ein (Austro-)Faschist war, sind vorab einige Bemerkungen zu diesem Begriff notwendig, die auch meine Schwierigkeiten mit seiner Verwendung erklären. Der Terminus wurde in Anlehnung an den italienischen Faschismus in polemischer Absicht von sozialdemokratischen Journalisten geprägt, um die bewaffneten Selbstschutz- bzw. Heimwehrverbände zu bezeichnen, die 1919/20 entstanden waren und sich langsam – unter Führung des

christlichsozialen Politikern Richard Steidle⁴ – zu einer eigenständigen politischen Bewegung entwickelten. Der von den Sozialdemokraten 1923 aufgestellte Republikanische Schutzbund blieb dagegen der Partei untergeordnet.⁵ Die Bewaffnung der Verbände war nach den Bestimmungen des Staatsvertrages von St. Germain verboten,⁶ wurden aber von den staatlichen Organen mehr oder weniger stillschweigend geduldet.⁷ Man sprach daher – vor allem in sozialdemokratischen Zeitungen wie der „Arbeiter-Zeitung“ – auch häufig vom „Heimwehrfaschismus“⁸, manchmal auch schlicht vom „österreichischen Faschismus“.⁹ 1927 wurde ein Bundesverband der Heimwehren gegründet, im Herbst 1930 trat eine Heimwehrliste erstmals bei Nationalratswahlen an.¹⁰ Es handelte sich also um politische Kampfbegriffe, dennoch sind einige der Texte, in denen sie zum Einsatz kamen, von beträchtlichem politischen und soziologischen Erklärungswert: Die linken Autorinnen und Autoren wussten zweifellos mehr über den österreichischen Faschismus als dessen Repräsentanten.¹¹ Obwohl der italienische Faschismus und Mussolini für viele Heimwehrführer als Vorbilder attraktiv waren, war ihnen eine Annäherung versagt. Das hatte vor allem mit Südtirol zu tun: Eine Identifikation mit dem italienischen Faschismus war allein schon deshalb nicht möglich, weil die Deutschen in Südtirol von den Faschisten drangsaliiert wurden. Es war jedoch evident, dass sich die Heimwehr aus Italien nicht nur kräftige finanzielle Unterstützung holte,¹² sondern auch in ihrer unausgegorenen Programmatik starke Anleihen am italienischen Faschismus nahm, ohne allerdings sich darauf zu berufen. Der junge Universitätsprofessor Franz Gschnitzer¹³ fragte 1930 nach der Analyse von Heimwehrprogrammen: *Ja, muß ich warten, bis die Heimatwehrführung selbst erklärt, sie sei der österreichische Faschismus?*¹⁴

Auch Otto Ender faszinierte – wie viele seiner Zeitgenossen – die Entwicklung Italiens unter der Herrschaft Benito Mussolinis. Besonders beeindruckte Ender, dass es keine Streiks mehr gab. Aber er distanzierte sich im Dezember 1925 ganz klar von den Gewaltmethoden des Faschismus:

*Einem Faschismus, der so verfährt, wie in Südtirol, gebricht ein Sinn, der zu dauernder Herrschaft nötig ist: der Sinn für Gerechtigkeit. Dieser Mangel bedingt Fehler und Sünden, die sich rächen müssen. So kann eine Herrschaft nicht von Dauer sein. Und das zweite: Der Faschismus stützt sich auf die Gewalt allein und mißachtet die Freiheit.*¹⁵

Dazu kam, dass Ender die Selbstschutzbewegung ganz für seine Zwecke als Landeshauptmann instrumentalisierte und den Vorarlberger Heimatdienst gleichsam als Abteilung seiner Landesregierung führte. Als 1929/30 die Heimwehrbewegung sich zur eigenständigen politischen Kraft entwickelte, signalisierte Ender klar, dass das für den Vorarlberger Heimatdienst nicht in Frage komme.¹⁶

Richard Steidle, der aus Tirol stammende Bundesführer der Heimwehr, saß mit Ender zusammen für die Christlichsozialen im Bundesrat. Mehr noch: Sie waren miteinander befreundet, der sechs Jahre jüngere Steidle hatte wie

Ender die Stella Matutina in Feldkirch besucht und später in Innsbruck der gleichen CV-Verbindung angehört. Er war einer jener christlichsozialen Politiker, mit denen Ender sich regelmäßig austauschte. Steidle wurde von dem ihm nahestehenden „Tiroler Anzeiger“ im Oktober 1926 so verstanden, als lehne er jede Verwandtschaft von Heimwehrbewegung und Faschismus ab.¹⁷ In einer Rede im Jänner 1929 im Tiroler Landtag betonte er zum wiederholten Male, dass er das Modell des Klassenkampfes deshalb für so *gefährlich und katastrophal* halte, weil es *die ganze Bevölkerung in zwei Lager gespalten* habe,¹⁸ kam aber auch auf die von ihm beabsichtigte Politik der Einigung zu sprechen. In diesem Zusammenhang sagte Steidle:

*Der Faschismus ist heute ein beliebtes Schlagwort geworden. Ich habe schon öfters gesagt, eines schickt sich nicht für alle, jedes Land hat seine besonderen Methoden, auch seine besonderen Notwendigkeiten, wie es seine Reaktion gegen derartige Zustände einrichtet. Bei allen diesen Reaktionserscheinungen ist sicher das eine gleich: Das Herausführen wollen der Bevölkerung, insbesondere der handarbeitenden Gruppen der Bevölkerung, aus dem Klassenkampfgedanken einerseits und das Zusammenführen aller Kräfte im Staate auf der anderen Seite. Das ist es, was allen diesen Bewegungen gemeinsam ist, und was wir auch in erster und letzter Linie anstreben. Wenn Sie, meine Herren, das Faschismus heißen, meinethwegen; Name ist Schall und Rauch, der Name tut nichts zur Sache.*¹⁹

Im Frühjahr 1929 wurde, als Bundeskanzler Ignaz Seipel zurücktrat, Johann Josef Mittelberger, bisheriger Finanzlandesrat der Vorarlberger Landesregierung, als Finanzminister in das nachfolgende Kabinett von Ernst Streeruwitz berufen. Mittelberger beobachtete das Auftreten der Heimwehrführer mit Sorge und Skepsis. Schon 1927 hatten die Landesparteileitungen Vorarlbergs und Oberösterreichs der Parteizentrale in Wien angedroht, einen eigenständigen Parlamentsklub zu gründen, falls nicht ein „rein christlichsozialer“ Klub gebildet würde, ohne jene Abgeordneten zu berücksichtigen, die auf der Liste des Heimatblocks gewählt worden sind; verlangt wurde eine „Stellungnahme der Christlichsozialen Partei zur Heimwehr“ und eine „klare Scheidung von deren faschistischen Führern und Mitgliedern“. In eine allfällige Koalition sollten Christlichsoziale mit der Heimwehr nur dann eintreten, wenn „rückhaltlos den faschistischen Ideen“ abgeschworen werde.²⁰ Mittelberger hatte als Obmann der Vorarlberger Christlichsozialen diese Stellungnahme sicher nicht ohne Wissen und Einverständnis von Landeshauptmann Ender verantwortet. Unmittelbar nach einer großen Heimwehrtagung in Lienz am 18. August 1929 schrieb Mittelberger an Ulrich Fußenegger, seinen Nachfolger als Obmann der christlichsozialen Partei in Vorarlberg, es sei an der Zeit zu überprüfen, ob seine eigenen *politischen Anschauungen mit der Anschauung der christlichsozialen Partei Vorarlbergs noch konform* sind. Seine Begründung lautete: *Das hängt mit der Bewegung in der Heimatwehr zusammen.* Er habe sich, als

er noch Obmann der Christlichsozialen war, *Sinn und Zweck des Heimatdienstes in Vorarlberg* zurechtgelegt. Es zeigten sich nun in anderen Bundesländern, vor allem in der Steiermark, in Oberösterreich und Tirol *Anschaungen und Pläne*, die seinen Überzeugungen widersprächen. Der Tiroler Landeshauptmann Franz Stumpf habe sich mit *den Bestrebungen der Heimatwehr* identifiziert, obwohl deren Bundesführer Steidle keine Unklarheit über seine Absichten habe aufkommen lassen. Nun sei Steidle zu einer Heimatwehrtagung nach Vorarlberg eingeladen und werde hier ein Referat halten.

*Es ist für mich von ausserordentlicher Wichtigkeit, zu erfahren, ob und inwieweit sich die Anschauungen der Parteileitung geändert haben. Ich fürchte sehr, dass ich zu den Herrn Dr. Steidle so schön charakterisierten einsichtslosen und mit Blindheit geschlagenen Verfechtern eines unsinnigen und volksmörderischen Verständigungsgedankens gehöre, ohne dass ich deshalb glaube, auch nur irgend etwas von meiner grundsätzlichen Ueberzeugung aufzugeben.*²¹

Mittelberger wandte sich kurz darauf auch an Landeshauptmann Otto Ender und informierte ihn über *ein Geheim-Rundschreiben der Heimatwehr*, in dem *systematisch Anleitung* gegeben worden sei, *wie man still von innen heraus aushöhlende Arbeit zu leisten habe*. Er ließ Ender wissen, dass für ihn hier eine Grenze zu ziehen sei:

*Die Herren verfolgen Absichten, die sich nach meiner Meinung nach mit den Absichten der Vorarlberger nicht decken. Mir hat der von Steidle und Pfriemer²² im Volksblatt veröffentlichte Aufruf die Stimme verschlagen. Wir haben doch seinerzeit den Heimatdienst gegründet, damit er von den Tiroler Helden unabhängig sei.*²³

Auf dieses Schreiben reagierte Ender und erklärte Mittelberger, dass es nur durch ein Missverständnis zum Abdruck dieses *Aufrufs* im Volksblatt kommen konnte. *Die Stellung der Heimatwehr in Vorarlberg*, versicherte Ender, *hat sich nicht geändert. Wir stehen auf dem alten Standpunkte*. Zur geplanten Veranstaltung bemerkte er:

*Ich habe im Sinn, bei meiner Rede den Vorarlberger Heimatdienst-Standpunkt recht deutlich zu erklären, aber auch durchblicken zu lassen, dass die Verhältnisse in anderen Ländern nicht gleich liegen müssen und dass wir deren Selbstbestimmungsrecht auf diesem Gebiete nicht antasten wollen. Ich denke, dass Du damit auch einverstanden bist und entnehme das zu meiner grossen Beruhigung Deinem jüngsten Briefe.*²⁴

Mittelberger war in der Tat mit Enders Rede²⁵ zufrieden. Doch wenige Tage darauf trat die Regierung Streeruwitz infolge des zunehmenden Drucks der Heimatwehr zurück. Das innenpolitische Klima schien extrem vergiftet, eine Vielzahl von Gerüchten kursierte, manche wussten von einem

bevorstehenden Heimwehrputsch, andere von einem nahenden Bankzusammenbruch. Der „Österreichische Volkswirt“ schrieb Anfang August 1929:

*Wieder einmal ist die Haltung des österreichischen Bürgertums ein Rätsel. Dr. Seipel zieht durch das Land und predigt gewaltsamen Umsturz. Schon hat er die Zuversicht, die sich an die parlamentarischen Erfolge der Regierung, einer bürgerlichen Regierung, knüpfen, zerschlagen. Schon ist das Land wieder erfüllt von Unruhe, Haß und Kampfbereitschaft. Aber das Bürgertum schweigt, schweigt wie der Kanzler, den nach dreimonatiger Regierung die Welt als Wortführer des Landes noch nicht kennengelernt hat, schweigt in seinen Zeitungen, lässt untätig die Dinge zum Abgrund treiben.*²⁶

Tatsächlich hatte auch die christlichsoziale Partei, insbesondere der Parteichef und Altbundeskanzler Ignaz Seipel Bundeskanzler Streeruwitz fallen lassen, weil man ihm die von den Heimwehren vehement geforderte Verfassungsreform nicht zutraute. Nur einem traute man zu, die Schwierigkeiten meistern zu können: dem Polizeipräsidenten Johann Schober, der schon Regierungserfahrung hatte: Zwischen Juni 1921 und Mai 1922 als Bundeskanzler zwei Regierungen (Schober I und II) geleitet und sich aufgrund des harten Vorgehens der Polizei gegen die Demonstranten beim Brand des Justizpalastes am 15. Juli 1927 einen Ruf als starker Mann erworben. Er leitete – kaum als Kanzler angelobt – nicht nur die notwendige Übernahme der zahlungsunfähigen Allgemeinen Österreichischen Boden-Credit-Anstalt – (immerhin die zweitgrößte Bank Österreichs) – durch die Creditanstalt (CA) ein,²⁷ sondern verhandelte auch eine Verfassungsreform mit den Sozialdemokraten aus, die nach verhältnismäßig kurzer Zeit im Nationalrat verabschiedet werden konnte.

Steidles großer Plan vom „Marsch auf Wien“, der von Mussolini nicht nur inspiriert, sondern auch finanziert worden war,²⁸ hatte ein Programm für die Heimwehren erforderlich gemacht. Da eine simple Übernahme des Faschismus nach wie vor nicht möglich war, griffen Steidle und sein Stabsleiter Waldemar Pabst²⁹ auf der Suche nach einem gesellschaftspolitischen Entwurf auf das Modell vom Ständestaat zurück, das vom Wiener Universitätsprofessor Othmar Spann³⁰ und seinen Schülern³¹ entwickelt worden war. Spann passte deshalb sehr gut in das Konzept, weil er – wie die Heimwehrpolitiker – sowohl die Sozialdemokratie als auch den Liberalismus vehement ablehnte und die Demokratie schlicht als „Eiterbeule“ bezeichnete.³² In den Ständen sollten die Gegensätze von Unternehmer und Arbeiter nicht mehr in Form des Klassenkampfes aufeinanderprallen, sondern im gedeihlichen Miteinander aufgehoben werden.³³

Die von der neuen Regierung Schober III verhandelte Verfassungsreform – begleitet von bedrohlichen Großkundgebungen der Heimatwehr – wurde am 7. Dezember 1929 mit Zustimmung der Sozialdemokraten verabschiedet und war für die Heimwehrbewegung eine gewaltige Enttäuschung. Sie brachte im Wesentlichen eine Stärkung des Bundespräsi-

den, aber beispielsweise wurde die Stellung der Stadt Wien, des verhassten „Roten Wien“, kaum angetastet. Das wäre ohne die benötigte Zustimmung der Sozialdemokraten auch gar nicht gegangen. Ständische Konzepte spielten nur eine geringe Rolle, der Bundesrat sollte zwar nun auch Ständekammer sein, aber das blieb ohne Bedeutung. Ihren ersten Test in praktischer Politiktauglichkeit hatte die ständische Utopie nicht bestanden: Heeresminister Carl Vaugoin, der von sich behauptete, er habe *ein gewisses Akkreditiv bei den Heimwehren*, meinte in einer der letzten Ministerratssitzungen der Regierung Streeruwitz, die auch schon an dieser Verfassungsreform gearbeitet hatte, er habe vom Verfassungsentwurf der Heimwehr nur die erste Seite gelesen, *weil ich keine Zeit habe, um humoristische Schriften zu lesen*.³⁴ Ein paar Tage später spielte sich gleich nach Amtsantritt des Bundeskanzlers Johann Schober im Ministerrat folgende Szene ab: Schober berichtet, dass eine Heimwehrdelegation bei ihm gewesen sei und einen Verfassungsentwurf vorgelegt habe. *Dieser ist das Produkt der steten Frage gewesen, wie sie sich ihren Staat vorstellen*, sagte der Bundeskanzler und fuhr fort:

Auf diese Verfassung werden uns vermutlich nicht einigen. Ihr Vater ist Professor Spann, mit Verbesserungen angebracht durch ein Heimwehrkomitee. Ich bitte um die Ermächtigung, daß wir dem Komitee jetzt schon die Vollmacht geben, auch die geistigen Verfasser der Heimwehrverfassung einzuladen und zu überzeugen, daß es mit ihren Vorschlägen nicht geht.

Der Ministerrat war einverstanden.³⁵

Diese Verfassungsreform enttäuschte insbesondere Richard Steidle im höchsten Maße. Diese Enttäuschung – verstärkt durch die Drohungen der Regierung Schober III, ein sogenanntes Entwaffnungsgesetz durchzusetzen, das die bewaffneten Verbände der Parteien, also den Republikanischen Schutzbund der Sozialdemokraten ebenso wie die rechtsgerichteten Heimwehren gleichermaßen betroffen hätte – motivierte Steidle, die Heimwehren zu einer selbständigen politischen Kraft zu formen. Der Korneuburger Eid, den am 18. Mai 1930 bei einer Führertagung der niederösterreichischen Heimwehr 15 großdeutsche und christlichsoziale Abgeordnete – darunter Julius Raab – geschworen hatten, war dabei ein wichtiger Schritt. Steidle bezeichnete die Selbständigkeit bei dieser Gelegenheit als *Schicksalsfrage für die Heimwehren*:

*Wollen sie wie bisher auf dem Standpunkt stehen, dass die Heimwehr nichts ist als der Eintreiber für die Parteien oder wollen sie sich, um ein Schlagwort zu gebrauchen, für das faschistische System erklären? Das ist die klare und einfache Formel. Wenn Landesführer Nationalrat Raab heute aufsteht und sagt: ich bin bereit dazu, dann gehen wir auch weiterhin zusammen. Steht er aber dem Standpunkt, dass wir nur die Diener der Partei zu sein haben, dann trennen sich unsere Wege.*³⁶

Und dann verlas Steidle die Eidesformel, deren zentrale Sätze den *westlich-demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat* verwarfen.³⁷ Ender lehnte – wie viele andere Christlichsoziale – diesen Eid ab, gleichzeitig versuchte er als Realpolitiker im christlichsozialen Parlamentsklub, einen Kompromiss zu erreichen zwischen jenen, die für eine Distanzierung von den Heimwehren waren, und jenen, die nach wie vor zu den Heimwehren standen. Er wollte einen Bruch zwischen Heimwehren und christlichsozialer Partei verhindern.³⁸ An Steidle schrieb er:

*Das Korneuburger Programm war ein unglückliches und ich glaube, man sollte von jenem Gelöbnis immer weniger reden, damit es einmal in Vergessenheit kommt, wenn man sich schon nicht entschliessen kann, es durch eine mutige Tat aus der Welt zu schaffen.*³⁹

Die Tatsache, dass die Eidesformel von Korneuburg von ganz unterschiedlichen Seiten als „faschistisch“⁴⁰ bezeichnet worden war, motivierte den Bundesführer Steidle, sich bei der nächsten Gelegenheit etwas ausführlicher mit dem Begriff des Faschismus auseinanderzusetzen. Diese bot sich bei einer Kundgebung am 24. Mai 1930 in Feldkirch.

Die Heimatwehr, sagte Steidle hier, *ist eine Wehrbewegung mit staatspolitischen Zielen. In ihr herrscht das Gesetz von Führung und Gefolgschaft, also unbedingte Disziplin. Zwischen unserer Wehrbewegung und ihrer inneren Struktur und zwischen dem inneren Gefüge einer Partei ist ein wesentlicher Unterschied. Parteien sind Interessensverbände, unsere Wehrbewegung aber ist eine Ideengemeinschaft von wehrhaften Männern, die sich für den Dienst des Vaterlandes auf Leben und Tod verbunden haben.*

Daher müssten in Existenzfragen *alle anderen Bindungen* zurücktreten. Das bedeutete aber implizit, dass andere Verpflichtungen, etwa gegenüber Religion und Kirche, aber auch der Partei und dem Staat gegenüber, zurückgestellt werden mussten. Steidle forderte von den bürgerlichen Parteien die *Einsicht*, dieser *Lebensforderung* der Heimwehr Rechnung zu tragen und kam auf ein virulentes Problem zu sprechen:

Wir haben die Richtlinie des Heimatwehrmannes eindeutig festgelegt: Alles für das Vaterland und die Heimat, alles für unser deutsches Volk, alles für die Grundlagen unserer auf dem Christenglauben aufgebauten deutschen Kultur. Die Gegner und Uebelwollenden glauben das immer mit dem Schlagwort „Faschismus“ abtun zu können. Meinetwegen sollen sie es so heißen. Was heißt denn eigentlich Faschismus? Was ist das Symbol dieses Fascio, dieses zusammengebundenen Rutenbündels? Das Symbol heißt kampfbereite Einigkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Im übrigen sind wir uns sehr klar und mit dem Erfinder des Faschismus dahin einig, daß der Faschismus kein Exportartikel ist. Der Faschismus ist die Absage an das liberalistische System, des von Westen übernommenen Parteienstaates, der die Wirtschaft

*zerstört und dem Bolschewismus entgegenreiben muß. Der italienische Faschismus ist in einer dem italienischen Volk und seinen besonderen geschichtlichen Verhältnissen entsprechenden Form der Versuch einer Ueberwindung dieses liberalistischen Staatssystems. Wir wollen unser deutsches Staatsziel, wir wollen das dem österreichischen Volk angepaßte Staatswesen, die unserem Volkscharakter angepaßten Staats- und Wirtschaftsformen. Das ist keine Kopie, sondern wir knüpfen an unsere reiche deutsche Vergangenheit an, wir brauchen nicht, wie es der italienische Faschismus tun mußte, an klassenkämpferische Gewerkschaftsorganisationen anknüpfen müssen.*⁴¹

Ender sah sich nach diesen Worten – wie schon mehrfach in der Vergangenheit – genötigt, seinem Freund Steidle entgegenzutreten. Aus dem privaten Briefwechsel der beiden geht hervor, dass Ender Steidles Positionen vehement kritisierte.⁴² In der Beurteilung und Ablehnung der sozialdemokratischen Politik und Ideologie, auch in der Kritik des Liberalismus dachten sie freilich sehr ähnlich. Doch jenes Programm einer ständischen Erneuerung, das Steidle und Pabst im Vorfeld ihres geplanten „Marsches auf Wien“⁴³ sprichwörtlich aus dem Hut zauberten, fand bei Ender wenig Anklang, weil er vom möglichen Funktionieren ständischer Konzepte nicht überzeugt war. Wie kam man eigentlich auf diese ständische Utopie?

In einer Rede, gehalten einige Wochen nach dem erwähnten Korneuburger Eid und wenige Tage, nachdem Ender im christlichsozialen Parlamentsklub einen Kompromiss erreicht hatte, kam er in einer großen programmatischen Rede über die Heimwehr nochmals auf das problematische Gelöbnis zurück, das *großen Anstoß* erregt habe, weil da die Rede sei vom *nach der Macht im Staate greifen*.⁴⁴

*Das Aergste aber ist, so Ender, daß alle Bindungen und Forderungen der Parteien den Kampfzielen der Heimatwehr untergeordnet werden müssen. Das geht den Parteien an die Kragen.*⁴⁵

Er erklärte aber auch, warum er sich um einen Kompromiss zwischen Heimwehr und den Heimwehrgegnern bemüht habe:

*[W]eil ich die Heimatwehr als etwas Wertvolles schätze. Die Heimatwehr kann vielleicht auf den rechten Weg zurückfinden, sie kann vielleicht in Wien in der Niederringung der sozialdemokratischen Vormacht wertvolle Arbeit leisten; gerade daran, daß in Wien die Sozialdemokratie unbeschränkte Herrin ist, krankt ja ganz Oesterreich.*⁴⁶

Ender kam auch auf die von den Heimwehren geforderte ständische Umgestaltung zu sprechen:

Sie haben durch Universitätsprofessoren theoretisch einen neuen Staat aufbauen lassen, den Heimatwehrstaat, einen ständisch gegliederten Staat. Das ist ein deutsch-rechtlicher

*Gedanke. Sie haben sich gesagt, der Parlamentarismus, wie er uns von Westen überkommen ist, und das heutige Wahlrecht, lassen das Volk nicht gesunden, erstreben wir also den Ständestaat.*⁴⁷

Schon in seiner Feldkircher Rede vom 24. Mai 1930 hatte Ender vor der Illusion gewarnt, man könne einen derartigen Umbau rasch vollziehen, man lebe *ja nicht mehr in einem Staate, wo 80 Prozent des Volkes auf dem Lande wohnen und Bauern waren*,⁴⁸ sondern müsse die Verhältnisse der Gegenwart berücksichtigen. Zu der Vorstellung in den Heimwehrkonzepten, dass die einzelnen Stände *die Tüchtigsten* in eine Bundesvertretung schicken, bemerkte er nur: *Dies ist noch ziemlich allgemein gehalten, man kann sich darunter noch nicht viel vorstellen.* Vehement kritisierte er aber an dem von Steidle verbreiteten Stände-Modell, dass *die Kirche unter die Oberaufsicht des Staates* gestellt würde; das sei *eine Sache, mit der wir Katholiken nie einverstanden sein können*.⁴⁹

Ender, das zeigen einige seiner Bemerkungen deutlich, war an einer gefügigen Heimwehr interessiert, die im „Notfall“ (bei eskalierenden Demonstrationen, Streiks und ähnlichem) der staatlichen Autorität zu Verfügung stehen sollte; eine Heimwehr, die eine eigenständige politische Kraft darstellte, lehnte er ab. Den ständischen Utopien stand er skeptisch gegenüber wie übrigens auch die meisten Vertreter der Wirtschaft. Ender zweifelte schlicht an deren Umsetzbarkeit – in Anbetracht einer starken Arbeiterbewegung mit einer starken Gewerkschaftsbewegung und einer Partei, die die stimmenstärkste in Österreich war.

Ender wurde noch im Jahr 1930 – nach jenen erwähnten Nationalratswahlen, in denen die Heimwehr erstmals mit einer eigenen Liste angetreten war – Bundeskanzler einer Koalitionsregierung, die aus Mitgliedern der Großdeutschen und des Landbundes bestand. Ich habe in meinem Buch beschrieben, dass Ender in dem halben Jahr seiner Kanzlerschaft aufgrund schwerer Rückschläge (Sozialreform, CA-Zusammenbruch) Erfahrungen machte, die seine Haltung veränderten; Sondervollmachten, die er – nach dem Rücktritt seines Kabinetts – vor einer weiteren Regierungsbildung vom Parlament gefordert hatte, wurden ihm nicht gewährt, woraufhin er den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, ablehnte. Aber seine Forderung nach Sondervollmachten zeigt, dass er eine Krisenbewältigung ohne ein derartiges Instrument nicht mehr für möglich hielt.

Entscheidend für die Entwicklung in Österreich war, dass eine Reihe weiterer christlichsozialer Politiker wie Otto Ender mehr und mehr bereit waren, sich auf ein autoritäres Experiment einzulassen, das im Wesentlichen darin bestand, schrittweise die Entmachtung und Ausschaltung der sozialdemokratischen Partei und ihrer Gewerkschaftsbewegung durchzusetzen. Die Bereitschaft, den politischen Gegner als Feind zu behandeln, steigerte sich in den Jahren 1931, '32 und '33 sukzessive. Der Misstrauensantrag, den Otto Bauer gleich bei Amtsantritt an die Regierung Dollfuß stellte, dann die Ablehnung der Lausanner Anleihe durch die Sozialdemokraten, dazu Gerüchte, dass hochrangige sozialdemo-

kratische Politiker (insbesondere Otto Bauer) versucht hätten, über ihre Auslandskontakte das Zustandekommen der Lausanner Anleihe zu vereiteln oder zumindest ihre Flüssigmachung zu verzögern,⁵⁰ trugen dazu bei. Obschon diese Gerüchte falsch waren und österreichische Sozialdemokraten ihre französischen Parteifreunde im Gegenteil instruierten, für die Anleihe zu stimmen (obwohl die österreichischen Genossen im Nationalrat dagegen gestimmt hatten), da sie sich letztendlich für Österreich doch Vorteile erhofften: Die Haltung der sozialdemokratischen Partei in der Anleihefrage war fatal. *Man entsittlicht ein ganzes Land*, kommentierte der Österreichische Volkswirt, *wenn man in dessen Hauptfrage die eigenen Anhänger so verwirrt, wie Otto Bauer es sich nun wieder gestattet hat*.⁵¹

Innerhalb der Christlichsozialen Partei konnte Engelbert Dollfuß, der die Regierung in einer schwierigen Situation übernommen hatte (nach dem Rücktritt von Enders Nachfolger Buresch), viele von sich und seinem Kurs überzeugen. Diesem Kurs lag die Absicht zugrunde, die Handlungsspielräume der Sozialdemokraten mehr und mehr einzudämmen. Als sich die Möglichkeit bot, den Nationalrat zu blockieren und sein Wiederzusammentreten zu verhindern, wurde sie ergriffen – auch um den Preis von Rechts- und Verfassungsbrüchen. Anhand der Protokolle des Ministerrates und des Christlichsozialen Klubvorstands ist die Zuspitzung der Entwicklung gut nachzuvollziehen. Spätestens mit dem 7. März 1933 (am 4. März waren alle drei Präsidenten des Nationalrates zurückgetreten, die Sitzung war nicht geschlossen worden) bzw. dem 15. März, an dem die Wiederaufnahme der Sitzung durch sozialdemokratische und großdeutsche Abgeordnete durch einen Polizeieinsatz beendet wurde, hatte ein neuer, autoritärer Kurs begonnen.

Ender stellte sich in allen Phasen dieser Entwicklung unterstützend hinter Dollfuß – sein Bekenntnis zur Demokratie schien hinfällig geworden. Mit dem bis dahin existierenden österreichischen Parlamentarismus hatte Ender jedenfalls abgeschlossen. Seine Skepsis bezüglich des Funktionierens einer ständischen Organisation der Wirtschaft dürfte er zwar nicht abgelegt haben, doch die Tatsache, dass selbst das päpstliche Rundschreiben „Quadrogesimo anno“ eine berufsständische Neuordnung der Wirtschaft vorschlug, hatte ihn beeindruckt. Während einige wenige christlich-soziale Politiker offen ihre Kritik am autoritären Kurs äußerten und sich aus der Politik zurückzogen,⁵² blieb Ender im Zentrum des Geschehens und war auch mehrfach bei Sitzungen des christlichsozialen Klubs in Wien anwesend. Am 1. Mai 1933 hielt er in Rankweil eine große Rede, in der er sich für Dollfuß und dessen antidemokratischen Kurs aussprach, den er auch durch Grundprinzipien des Katholizismus legitimiert sah.

Wenn heute endlich die Zeit gekommen ist, wo das Volk verdorbenen Parlamentarismus und leere Strohdrescherei satt hat, dann ist eben der Tag, um unseren Parlamentarismus umzubauen. Nicht die Schreier haben recht, die das unwürdige Spiel im Bundesrat noch fortsetzen wollen,

sondern Dollfuß hat recht, der das Parlament reformieren will. Alles ruft heute nach Autorität, nach Führung. Das ist gut so. Liberalismus und Marxismus haben uns Autoritätslosigkeit genug beschert. Jetzt kommt die katholische Auffassung wieder zur Geltung, der das Autoritätsprinzip wesenseigen ist.⁵³

Enders Loyalität, die er in dieser Rede bewies, war gewiss auch ausschlaggebend dafür, dass Dollfuß ihn im Sommer 1933 in sein Kabinett holte. Enders Beteiligung an dem Staatsstreich der Regierung Dollfuß wurde von mir ausführlich dargelegt. Als Minister – zuständig für Angelegenheiten der Verfassungs- und Verwaltungsreform – und als verantwortlicher Redakteur und Mitautor der ständischen Verfassung spielte er beim Staatsstreich, den die Regierung Dollfuß gegen die parlamentarische Demokratie unternahm, eine zentrale Rolle. Nach Verabschiedung der von ihm verantworteten Verfassung und seinem Ausscheiden aus der Regierung wurde er Präsident des Rechnungshofes und erhielt, da er weder als Politiker noch als Rechnungshofpräsident pensionsberechtigt war, gleichsam als Dank einen „außerordentlichen Versorgungsgenuss“ zugesichert.⁵⁴

Hätte man Otto Ender und die anderen an der Zerstörung der Demokratie Beteiligten nach einem Namen für ihr Projekt, für ihr Programm gefragt, wäre vermutlich eine Vielzahl an Begriffen gefallen. Wohl kaum jemand hätte aber von Austrofaschismus gesprochen oder vom österreichischen Faschismus, oder gar von Faschismus allgemein. Einer der wenigen, der sich zu diesem Begriff bekannte und sogar behauptete, ihn „geprägt“ zu haben, war Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg.⁵⁵ Die Einheitspartei, die nun alle anderen Parteien ersetzen sollte, hieß „Vaterländische Front“⁵⁶ und ideologische Projekte firmierten unter Titeln wie „Österreichische Aktion“ oder „Katholisch-soziales Manifest“.⁵⁷

Die offizielle Selbstbezeichnung in der Verfassung vom 1. Mai 1934 lautete „Bundesstaat Österreich“, in der Präambel der Verfassung als „christlicher, deutscher Bundesstaat auf ständischer Grundlage“ bezeichnet.⁵⁸ Während die Nationalsozialisten in Deutschland und Österreich sich zum Nationalsozialismus und die Faschisten in Italien sich zum Faschismus bekannten, war ein Bekenntnis zum österreichischen Faschismus oder Austrofaschismus selten; nur einmal, im Dezember 1933, ließ die Pressestelle des Bundesführers des österreichischen Heimatschutzes im Neuen Wiener Journal verlautbaren, man sei fest entschlossen, „die Durchsetzung des österreichischen Faschismus gegen jeden Widerstand zu erreichen und mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen die Korruptionsdemokratie und den Marxismus in allen ihren Erscheinungsformen rücksichtslos fortzuführen.“⁵⁹

Selbstverständlich sprachen dagegen sozialdemokratische Intellektuelle vom Faschismus, Heimwehrafaschismus oder vom Austrofaschismus der Regierung Dollfuß. Die Appelle an jene, die unter den Christlichsozialen als Demokraten galten, waren spätestens im Sommer 1933 trauriger Resignation gewichen.

*Die Herren Ender, Schlegel, Aigner, Födermayer und all die „Demokraten“ in der christlichsozialen Partei, schrieb der sozialdemokratische Arzt und Politiker Wilhelm Ellenbogen, die heute den Faschistenkurs schweigend oder gar öffentlich zustimmend mitmachen, werden staunen, welche schwere Schuld an dem Niedergang ihrer Partei sie durch diese Rückgratlosigkeit, durch die Quallenartigkeit ihrer sogenannten Überzeugung auf sich geladen haben werden, und sie werden dann an den Gleichschaltungen ihre Wunden erleben.*⁶⁰

Ender gehörte zu jenen, die öffentlich zustimmend mitmachten. Und mit Juli 1933 übernahm er eben sogar ein Ministeramt.

Die Forschung, insbesondere die staatsrechtliche, bemühte sich sogleich um eine Untersuchung der Vorgänge und Ergebnisse. Eine sehr gründliche – und meines Wissens seither nicht oft übertroffene – Studie über die rechtliche Grundlegung des Regimes wurde bereits 1936 veröffentlicht und stammte von Erich Voegelin. Er sprach von der „faschistisch-autoritären politischen Richtung Österreichs“.⁶¹ Die Bezeichnung des Regimes durch verschiedene zeitgenössische Kommentatoren als faschistisch war aufgrund gewisser Ähnlichkeiten zum faschistischen Regime in Italien naheliegend, darunter vor allem die Ablehnung des Parteienstaates, aller Organisationen der Arbeiterbewegung, des Parlamentarismus und Liberalismus und der absichtsvollen Bekundung, bestimmte korporative Elemente einzuführen.

Eine der frühesten umfassenden Darstellungen der Ersten Republik stammte von dem US-amerikanischen Nationalökonom Charles Adam Gulick, die 1948 in deutscher Übersetzung vorlag.⁶² Dieses Werk setzte – ohne genauere begriffliche Erläuterungen – ganz selbstverständlich den Begriff des Faschismus ein, für das Regime zwischen 1934 und 1938 verwendet Gulick die Bezeichnung Kleriko-Faschismus.⁶³

Der österreichische Historiker und Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, Walter Goldinger, vermied 1954 überhaupt eine begriffliche Bestimmung des Regimes,⁶⁴ der Historiker Adam Wandruszka schrieb im gleichen Sammelband vom „christlichen Ständestaat“,⁶⁵ später nur noch vom „Ständestaat“.⁶⁶ Dieser letztgenannte Begriff begann sich allgemein durchzusetzen,⁶⁷ obwohl klar war, dass die Realverfassung Österreichs ab 1934 nicht auf Ständen beruhte.

Der Begriff Austrofaschismus wurde erstmals 1964 in der Zeitschrift „Forum. Österreichische Monatsblätter für kulturelle Freiheit“ diskutiert. Die Redaktion hatte anlässlich des 30. Jahrestages des Februaraufstandes eine Reihe prominenter Persönlichkeiten befragt und deren Antworten abgedruckt. Der aus der christlichen Arbeiterbewegung stammende Journalist Ludwig Reichhold verfasste unter „Thesen über den Austrofaschismus“ eine kurze Einleitung, die pointiert die Beobachtungen und Überlegungen eines interessierten Zeitgenossen präsentierte. Reichhold betonte eingangs, dass er „keine Apologie des österreichischen Faschismus oder dessen, was dafür gehalten wird“ anstrebe, doch die Formulierung „oder dessen, was dafür gehalten wird“, deutete schon

Zweifel an der Substanz des österreichischen Faschismus an. Er hob hervor, dass es sich beim Austrofaschismus um ein „äußerst komplexes Phänomen“ handle, „in dem auch Faschismus, aber nicht nur Faschismus enthalten“ sei.⁶⁸ Als „faschistisch“ bezeichnete er die Beseitigung der Parteien, vor allem die zwangsweise Auflösung der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften, die Schaffung einer politischen Monopolorganisation, der Vaterländischen Front und den Einsatz der Heimwehr „als Einpeitscher der staatlichen Neuordnung“.⁶⁹ Den Begriff vom „christlichen Ständestaat“ entlarvte Reichhold als verlogene Formel und nannte dessen Verwendung „ein starkes Stück“.⁷⁰ Er lehnte den Begriff Austrofaschismus nicht ab, stellte aber klar:

„Der Austrofaschismus war eine Improvisation. Darum gab es in Österreich nur Fragmente eines faschistischen Systems, aber kein faschistisches System selbst. Es gab faschistische Strömungen, Denkansätze, auch Institutionen, aber keinen in sich geschlossenen faschistischen totalitären Staat“.⁷¹

Seine Überlegungen führten Reichhold vor allem zu zwei Schlussfolgerungen: Da auch die sozialdemokratische Partei sich politischen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten verweigert und an den „lebendigen Bedürfnissen des Staates vorbeigelebt“ habe, hielt Reichhold erstens die Schuldfrage für nicht sinnvoll. Und dann schloss er zweitens aus der Tatsache, dass die vielen „bürgerlichen Demokraten der Zweiten Republik“, die an der Etablierung des „Christlichen Ständestaates“ beteiligt waren, in der Gegenwart echte Demokraten seien und deshalb im Jahr 1934 keine „echten Faschisten“ gewesen sein konnten:

„In der Tat: Sie waren es nicht. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, spielten sie in dem Stück, das 1933 so plötzlich auf die Bühne kam, nur die Faschisten, um hinterher zu gewahren, daß sie es mit schlechtem Gewissen getan hatten“.⁷²

In der Geschichtswissenschaft wurde der Begriff Austrofaschismus nur sehr zögernd aufgegriffen. Vermutlich war für seine Wiederentdeckung die Renaissance austromarxistischer Autoren – wie Otto Bauer, Karl Renner, Rudolf Hilferding, Max Adler – und der Reformbewegungen verantwortlich, die sich beispielsweise um Otto Glöckel (Schulreform), Otto Neurath (Lebensreform und Bildstatistik) und Paul F. Lazarsfeld, Maria Jahoda und Käthe Leichter (empirische Sozialforschung) formierten. Auch die Wiederentdeckung des „Roten Wien“ und der „Arbeiterkultur“ dürfte eine Rolle gespielt haben.⁷³ Damit erlangte der Austrofaschismus sozusagen posthum eine bedeutsame Rolle als „Feind“ dieser vielfältigen und von vielen bewunderten und bestaunten politischen und intellektuellen Kulturbewegung. Die unter anderem vom Historiker Ernst Hanisch 1974 formulierte Frage, „herrschte in Österreich von 1934 bis 1938 ein ‚faschistisches‘ Regime?“, war denn nicht zuletzt von

Otto Bauers Auseinandersetzung mit dem Austrofaschismus inspiriert.⁷⁴ Zehn Jahre später erschien der vom Politologen Emmerich Tálos herausgegebene Sammelband „Austrofaschismus“, der mittlerweile stark erweitert in der siebten Auflage von 2014 vorliegt.⁷⁵ Er präsentierte – unterstützt von bekannten Historikern – eine Analyse des Regimes und suchte zu begründen, warum es sich um eine faschistische Diktatur und nicht nur um einen autoritären Staat oder eine (Rechts-)Diktatur gehandelt habe. Es gäbe „deutliche Übereinstimmungen mit anderen Faschismen“,⁷⁶ vor allem die österreichische Variante eines Nationalismus, dann aber antidemokratische, antimarxistische, berufsständisch-gesellschaftsharmonisierende Vorstellungen. Auch in seinem 2013 erschienenen Werk „Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938“ klassifiziert Tálos das Regime als faschistische Herrschaft und zwar aufgrund seines „Selbstverständnisses“, seiner „Gestaltungsabsichten und Strukturen“ und der „Gestaltung und Steuerung gesellschaftlicher Bereiche“.⁷⁷

Wirklich überzeugend war und ist die Beweisführung nicht. Allein die Tatsache, dass weder über den Nationalsozialismus noch über den italienischen Faschismus debattiert werden muss, ob das eine Regime nun nationalsozialistisch und das andere faschistisch war, der „Bundestaat Österreich“ zwischen 1934 und 1938 aber mittlerweile Generationen von Historikern, Politologen oder Juristen motivierte, zu überlegen, ob es sich nun um eine „halb-faschistisch“-autoritäre Diktatur⁷⁸ oder um ein klerikalfaschistisches Regime⁷⁹ handelte, um eine Regierungsdiktatur⁸⁰, eine Kanzlerdiktatur⁸¹, einen christlichen oder autoritären Ständestaat⁸² oder um einen Beamtenfaschismus⁸³, belegt, dass es nicht genügt, einen alten politischen Kampfbegriff einzusetzen, um die Sache zu klären.

Man könnte meinen, die Schwierigkeit, den Staat auf einen Begriff zu bringen, sei dem mangelnden Talent der Forscherinnen und Forscher geschuldet, einen passenden Begriff zu finden; vielleicht hat die Schwierigkeit aber auch mit dem Gegenstand zu tun, der nicht so recht in vorgefertigte Schablonen passen will.

Das Verfahren, große und berühmte Konzepte oder Modelle zu nehmen und auf Phänomene ganz bestimmter regionaler Provenienz anzuwenden, ist problematisch. Die begriffliche Etikettierung des Regimes war (und ist) in der Regel gleichbedeutend mit einer moralischen Verurteilung und erfolgt in der Regel aus unterschiedlichsten Gründen und Interessen. Da die Geschichte der ÖVP untrennbar mit der Geschichte der Christlichsozialen Partei verbunden bleibt,⁸⁴ galt der Nachweis, das Regime 1933/34 bis 38 sei faschistisch gewesen, gleichbedeutend mit einer Verurteilung der ÖVP bzw. deren Geschichtspolitik. Wer sich von der Geschichte der christlichsozialen Partei nicht distanzierte, galt als Sympathisant politischer Praktiken, die die Demokratie 1933/34 zerstört hatten.

Der als Kampfbegriff anfangs geprägte Terminus Austrofaschismus gewann durch seinen Einsatz in Reden, in tagesaktuellen Zeitungsartikeln und in politischen oder

soziologischen Analysen – über seine polemische Schärfe hinaus – einen nicht unbedeutenden Erklärungswert. Diese Vorgeschichte als politischer Kampfbegriff bleibt meist, auch im Sammelband von Tálos, unbeachtet. Dieses Potenzial ist nachhaltig am Werk, wenn man den Begriff weiterhin verwendet. Mein Unbehagen hat aber weniger damit zu tun, sondern basiert auf der Erfahrung, dass die Projektion irgendwelcher Konzepte und Modelle auf historisch-empirische Tatbestände meist wenig zu deren Erklärung beiträgt. Durch die Klassifikation wird etwas bestätigt (etikettiert) und abgestempelt, nicht aber untersucht und erklärt. Darin besteht meines Erachtens die Gefahr der „Dämonisierung“: Man gibt sich mit dem Urteil zufrieden, dass jemand – im konkreten Fall: Otto Ender – nach dieser oder jener Definition als „(Austro-)Faschist“ zu taxieren ist und hat damit sein eigenes Denken einer modischen Phrase geopfert.

Ender und der Nationalsozialismus

Als Otto Ender am 1. Mai 1933 in Rankweil zur politischen Situation Stellung bezog, sprach er nicht nur über die Entwicklung in Österreich und die Politik von Dollfuß, sondern nahm auch auf das Deutsche Reich Bezug. Seit Jänner 1933 war Hitler Reichskanzler. Kurt Greussing hat in der eingangs erwähnten Rezension meines Buches gemeint: „Melichars verallgemeinernder Befund, Ender habe den Nationalsozialismus und die Nationalsozialisten verachtet [...], findet in dieser Rede so keine Grundlage. Das Urteil Melichars kann sich nur auf Enders Verhältnis zum Nationalsozialismus in Vorarlberg und Österreich beziehen, nicht aber auf dessen Einschätzung des Nationalsozialismus in Deutschland. Da war Ender – zumindest in den Monaten nach der Machtergreifung Hitlers – doch von jenen Elementen des Nationalsozialismus fasziniert, die er in sein eigenes Weltanschauungsgerüst glaubte integrieren zu können.“⁸⁵

Greussing ist der Ansicht, Ender sei zwischen Jänner und Mai 1933 so von Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus fasziniert gewesen, dass er bestimmte Elemente übernehmen wollte. Er beruft sich auf die oft zitierte Formulierung Enders:

*Was gesund ist am Hitlertum, wollen wir aufgreifen und soweit auch verwirklichen, als es für unsere Vorarlberger und für unsere österreichischen Verhältnisse passt.*⁸⁶

Diese Wendung ist aber doppeldeutig, darauf habe ich in meinem Buch hingewiesen: Da Ender unmittelbar zuvor dezidiert feststellt, dass es sich beim Nationalsozialismus (und zwar nicht nur bei dem in Vorarlberg, sondern beim Nationalsozialismus schlechthin) um eine Bewegung handle, die *mit allen Mitteln arbeite* und man seine Erfolge in der Wählerschaft nur *als krankhafte Psychose* erklären könne, erinnert die Bemerkung *Was gesund ist am Hitlertum* [...] daran, dass eben nicht alles – und womöglich gar nichts – gesund daran war. Aber diese Lesart kommt für Greussing nicht in Frage.

Ich habe in meinem Buch betont, dass Ender den Nationalsozialismus und die Nationalsozialisten – nicht nur in Vorarlberg, sondern prinzipiell – verachtete. Dafür gibt es viele Belege, einige davon sind Auslassungen Enders in öffentlichen Reden, die publiziert wurden, sehr viele seiner Beobachtungen und Überlegungen wurden in vertraulichen Briefen geäußert. Er wandte sich beispielsweise im Herbst 1930 an den seit Kurzem amtierenden Bundeskanzler Carl Vaugoin und machte ihn darauf aufmerksam, dass in der „Neuen Zürcher Zeitung“ zu lesen sei, Hitler habe die Weisung erteilt, dass hundert Redner aus Deutschland sofort nach Österreich reisen sollten, *um den Kampf gegen Demokratie und Parlamentarismus zu eröffnen*.⁸⁷ Diese Mitteilung bereitete Ender schwere Sorgen:

Ich habe nun die Meinung, dass wir an den Nationalsozialisten in Oesterreich wenig Freude erleben werden. Dein Innenminister⁸⁸ hat auch das Zeug zu einem Nationalsozialisten und man weiss noch nicht, ob seine Entwicklung zunächst nicht doch in dieser Richtung läuft. Was die Zürcher Zeitung zu ihrer Charakterisierung schreibt, scheint mir richtig zu sein.

Ender fragte weiter, ob man es sich wirklich gefallen lassen müsse, Nationalsozialisten einreisen zu lassen, *um den österreichischen Wahlkampf zu beeinflussen*. Er versprach sich davon *keinen Tod unserer Sozialdemokratie, sondern noch ärgere Verwirrung und Verhetzung der Bevölkerung, als sie so schon gegeben ist*. Ender überlegte auch, inwiefern er als Landeshauptmann berechtigt sei, die Einreise dieser *Elemente* zu blockieren und riet Vaugoin, sich in dieser Angelegenheit mit Alt-Bundeskanzler Seipel zu beraten. Ob es *nötig ist und wie weit es ratsam ist*, sich mit dem Innenminister Starhemberg zu besprechen, überließ er dem Bundeskanzler. Dieser antwortete drei Tage später:⁸⁹ Er habe sich wie gewünscht mit Seipel beraten und fasste dessen Standpunkt so zusammen: Die „Neue Zürcher Zeitung“ sei *bekanntlich eines der berüchtigtsten Freimaurerblätter, das immer wieder Unfreundliches und Alarmierendes über Oesterreich schreibt und daher als Quelle zu den Absichten der Nationalsozialisten sehr unverlässlich*. Exzellenz Seipel hege keine Befürchtung, dass die nationalsozialistische Agitation die Wahlen beeinflussen könnte. Es bestehe zudem kein Mittel, Nationalsozialisten an der Einreise zu hindern. Wenn sich ein Agitator allerdings *in einer uns unliebsamen oder gar die öffentliche Ordnung bedrohenden Weise betätigt*, solle man ihm das *Handwerk* legen und veranlassen, *dass er möglichst rasch das Bundesgebiet wieder verlasse*. Die Bundesregierung würde *einem allfälligen Antrage auf Ausweisung des betreffenden Agitators nicht entgegenreten*.

Ob Ender als Landeshauptmann derartige Ausweisungen tatsächlich vornehmen ließ, ist mir bislang nicht bekannt. Er war mit Nationalsozialisten meist bei öffentlichen Veranstaltungen konfrontiert und als wieder einmal angefragt wurde, ob er nicht bei einer Veranstaltung des CV sprechen könne, reagierte er etwas unwirsch: Er habe keine große *Redelust*,

weil das ganze Land *verseucht* sei und niemand ein Interesse habe, *wirkliche Tatbestände zu untersuchen, zu einer gerechten Beurteilung der Dinge zu kommen*. Vielmehr gehe es nur noch um *die Aeussierung von Unzufriedenheit, um das Schimpfen, um ein Kritisieren, das alle Grenzen überschreitet*. Ender unterstrich, es mache ihm

gar nichts, auch in diesen Situationen Vorträge zu halten und ich fürchte keinerlei Trommelfeuer von Angriffen und von Kritik und setzte mich alledem gerne aus, wenn ich sehe, dass damit ein Zweck erreicht wird, dass es zu etwas gutem führt. Das aber sehe ich gegenwärtig nicht.

Enders Missmut war schon eine Folge der NS-Propaganda, die sich einer völlig neuen Vorgangsweise bediente, die von etablierten Politikern, die viel Erfahrung mit konventionellen Formen hatten, nur bestaunt werden konnte:

*Die Welt hat nur noch Verständnis für die Methode des Nationalsozialismus und der macht es so: Zuerst schicken sie Bewaffnete voraus, die Spalier bilden, dann kommen die Ministranten, dann kommt der Hitler unter dem Himmel, ein Fanfarenstoss, Hitler verzapft seine Weisheit, alle haben das gläubig hinzunehmen, sind auch bereit, das zu tun, und unter riesigem Beifall verlässt er wieder das Lokal. So weit sind wir beim deutschen Volke der freien Männer gekommen, dass sie selbst auf das Denken verzichten und bereit sind, jedes Wort eines Diktators wie ein Evangelium aufzunehmen, sich gläubig zu unterwerfen und ihm hingebungsvoll zu dienen. Kannst Du nicht verstehen, dass einem in solchen Zeiten das Reden halten sehr verleidet? Denn mit der Methode Hitlers weiss ich nichts zu machen. Sie ist gegen mein Empfinden.*⁹⁰

Wenige Monate später schrieb Ender, es ging abermals um eine Veranstaltung bei der Auseinandersetzungen mit Nationalsozialisten zu erwarten waren:

*Sie haben kein festes Programm, sondern sind wie Aale, die immer wieder aus den Fingern schlüpfen, weil sie rein mit Phantastereien und Gemütswerten arbeiten.*⁹¹

Dass die Nationalsozialisten mit ihren unlauteren Methoden für viele Junge so attraktiv wurden, machte den Christlich-sozialen und insbesondere dem Landeshauptmann Otto Ender als politischer Galionsfigur zu schaffen. Als Ender im Juni 1932 vor hunderten jungen Männern in Rankweil sprach, musste er deshalb zum Nationalsozialismus Stellung nehmen:

Was mir am Nationalsozialismus in die Nase sticht“, sagte er, *„das ist, daß die Nationalsozialisten so außerordentlich staatszentralistisch eingestellt sind. Die Nazi wollen den Einheitsstaat schaffen, wollen alle Untergebilde beseitigen. Unser Land Vorarlberg würde aufhören als solches zu existieren, gerade so gut wie Bayern aufhören würde, alles käme unter die zentralistische Machtheregierung in Berlin.*

Dies stark Zentralistische hat uns nie gelegen. Wir haben immer Wert auf eine gewisse Selbständigkeit gelegt. Dieses Bewußtsein und dieser Stolz, unsere Landesgeschäfte selbst zu führen, hat sich nicht schlecht bewährt. Was mir an den Nationalsozialisten auch nicht gefällt, das ist, dass sie viele zu viel durch den Staat machen lassen wollen. Sie verlangen die Verstaatlichung aller Gesellschaften. Wir bekämen zur Eisenbahn und den andern Staatsbetrieben eine viel größere Zahl von Betrieben, die alle vom Staat geleitet werden müssten. Ich habe nicht das Vertrauen, daß der Staat ein so guter Wirtschaftsführer ist und ein so tüchtiger Geschäftsmann, daß uns daraus die Rettung kommen soll.⁹²

Ob Ender mit derartigen Überlegungen Verständnis bei der Jugend fand, ist fraglich. Es dürfte aber deutlich geworden sein, dass er keineswegs mit den Nationalsozialisten, ihrem Programm und schon gar nicht mit ihren Methoden sympathisierte. Die Christlichsozialen hatten begriffen und bei diversen Regionalwahlen registrieren müssen, dass die großen Stimmenzuwächse der Nationalsozialisten auf Kosten der Großdeutschen und der Christlichsozialen gingen, die Sozialdemokraten verloren an die Nationalsozialisten nur wenige Stimmen.

Wenngleich Otto Ender nicht mit den Nationalsozialisten sympathisierte, so doch – wie viele Bürger in Österreich – mit der deutschen Nation. Im katholischen Lager gehörte er mit der Mehrheit seiner Generation der großdeutschen Fraktion an. In einem an einen jungen Studenten gerichteten Brief formulierte er 1932 seine Sehnsucht:

Ich denke heute noch so: Warum soll die deutsche Nation sich nicht im Laufe der Zeit wieder einheitlich finden können in einem gesamten Reich. Augenblicklich ist die Zeit dafür schlecht. Die internationale Politik tut alles, um Riegel vorzuschieben. Einmal kann das aber doch kommen. Und wenn es dann kommt, ist allerdings meine Meinung, dass dann Vorarlberg nicht im Rahmen Österreichs bleiben dürfte, sondern dass man Württemberg, Baden und Vorarlberg zu einem wichtigen Gebilde im föderalistisch aufgebauten Deutschland machen sollte. Das war immer mein Gedanke und Sie haben vollkommen recht, dass die heutigen Erfahrungen in Deutschland geeignet sind, solche Ideengänge zu stärken.⁹³

Nach Hitlers Machtergreifung in Deutschland beobachtete Ender die Ereignisse mit Spannung. Auch wenn er ganz gewiss als Gegner der Nationalsozialisten insgesamt (nicht nur jener in Vorarlberg) einzustufen war, wünschte er doch dem Deutschen Reich insgesamt das Beste.

Unser und aller Deutschen Interesse ist es, sagte er in seiner Rankweiler Rede am 1. Mai 1933, wenn Hitler den Weg findet, aus der heutigen Isolierung herauszukommen und das große deutsche Reich in würdiger Stellung in die europäische Völkerfamilie einzugliedern; unser und aller Deutschen Interesse ist, daß es ihm gelinge, dem Staat im

Innern eine Form und einen Aufbau zu geben, der deutscher Art entspricht, der nationale Geschlossenheit mit bürgerlicher Freiheit glücklich verbindet.⁹⁴

Liest man nur diese Zeilen, könnte man glauben, Enders Sympathie übertrug sich vom Deutschen Reich auf den Nationalsozialismus und die Politik Hitlers. Doch das täuscht. Gleich eingangs schilderte er in der eben zitierten Rede – was Greussing durchaus auch sieht – die Vorgänge, die sich von Jänner 1933 bis Mai 1933 abgespielt hatten: Er erläuterte, dass „nicht nur Parteibuchbeamte, sondern auch tüchtige und bewährte Männer in großer Zahl des Amtes entsetzt“ würden; alle würden „durch nationalsozialistische Parteileute ersetzt“. Und weiter urteilte er über die nationalsozialistische Herrschaftspraxis:

Statt des Parteibuches entscheidet heute die braune Uniform. Das Vordrängen der Partei im Amte geht nur heute viel radikaler vor sich und die Fülle des Parteibeamtentums scheint nie geahnte Größen zu erreichen. Stellen besetzen, Parteigenossen versorgen, Gegner einsperren, Zeitungen unterdrücken, Maulkörber anhängen: das ist heute nationale Tat. Gewiß: Was sich in Deutschland abspielt, ist eine Revolution. Jede Revolution haut über die Stränge und entscheidend ist, was sich schließlich als Dauerfrucht ergibt.⁹⁵

Ender geht nicht ins Detail, doch schon diese Skizze zeigt, dass er über die erschreckenden Vorgänge im Nachbarland im Bilde war. Er verfügte ja über beste Kontakte, las die internationale Presse. Aufgrund all der Informationen, die ihm vorlagen, kam er zu dem Schluss, dass Anhänger des Nationalsozialismus Opfer einer Geisteskrankheit sein müssten:

Es gibt bei uns Leute, und sie sind zahlreich, die von einer schweren Psychose befallen, den Tag gar nicht erwarten können, wo bei uns in gleichem Rausche alles auf den Kopf gestellt werden soll. Daneben gibt es andere, die es vorziehen, zuerst die Entwicklung in Deutschland ein bißchen abzuwarten und statt in besoffenen lieber in nüchternen Tagen bei uns die Entscheidung zu treffen. Zu letzteren gehört unsere Regierung.⁹⁶

Es sollte genügen, sich diese Aussagen Enders durch den Kopf gehen zu lassen, um zu erkennen, dass Ender nie und nimmer mit den Nationalsozialisten, weder mit den österreichischen noch mit den deutschen sympathisierte. Wenn er wirklich etwas für das Programm Hitlers übriggehabt hätte, wer oder was hätte ihn im Mai 1933 abhalten können, mit Vorarlberg einen Separatanschluss an das Deutsche Reich zu inszenieren? Selbstverständlich hätten sich einem staatsrechtlichen Vollzug diverse Schwierigkeiten entgegengestellt. Doch schon die Inszenierung symbolisch aufgeladener Verbrüderungsszenen an der Grenze hätte vermutlich einen unaufhaltsamen Prozess in Gang gesetzt. Doch Ender war zwar ein Sympathisant der großdeutschen oder deutsch-

völkischen Träume von einer großen deutschen Nation, aber eben auch ein standfester Gegner der Nationalsozialisten.

Kurt Greussing verwandelt Otto Ender in einen wankelmütigen Politiker, der zumindest von Teilaspekten des Nationalsozialismus „fasziniert“ gewesen sei. Das liest sich so: „Da war Ender – zumindest in den Monaten nach der Machtergreifung Hitlers – doch von jenen Elementen des Nationalsozialismus fasziniert, die er in sein eigenes Weltanschauungsgerüst glaubte integrieren zu können.“ Daher, so argumentiert er weiter, die Bemerkung in Enders Rede, was gesund sei am Hitlertum, wolle man aufgreifen.

Greussings Argumentation überzeugt mich nicht, auch wenn ich mir das Interesse, das sie begründet, erklären kann: Da nun einmal unumstößlich ist, dass Otto Ender sich am Staatsstreich der Regierung Dollfuß und an der Zerstörung der Demokratie aktiv beteiligt hat, kann man sein Potenzial als Bösewicht nur steigern, indem man ihn auch noch zum Krypto-Nazi erklärt. Interessant ist dabei freilich, dass heute noch Geschichtsbilder in Umlauf sind, in denen Bösewichte eine so große Rolle spielen.

Otto Ender war in seiner Zeit ein mit allen Wassern gewaschener Politiker, von vielen respektiert, von gar nicht wenigen bewundert, von einigen Gegnern gefürchtet und vielleicht auch verachtet. Er war nicht ohne Eitelkeit und konnte in menschlicher Hinsicht von erstaunlicher Gefühlskälte sein. Viel häufiger jedoch versuchte er, bei verschiedensten Problemen allen möglichen Leuten zu helfen, durchaus nicht nur Parteigängern. Er hatte gewiss Fehler und nicht der geringste war, dass er am Ende seiner politischen Karriere die Geduld verlor und glaubte, mit der gewaltsamen Ausschaltung der Sozialdemokraten, also eines wirklich unangenehmen politischen und weltanschaulichen Gegners, könne man den Staat vor dem Nationalsozialismus retten. Zu einem Sympathisanten Hitlers ist er meines Erachtens damit nicht geworden.

Resümee

Mit der gewaltsamen Ausschaltung aller Gegner und der Publikation einer neuen Verfassung etablierte sich 1933/34 ein autoritäres Regime, das die Verwirklichung der in den Jahren zuvor so oft geäußerten Wunschvorstellungen von der Beseitigung des Parteienstaates, insbesondere aber der sozialdemokratischen Partei ermöglichte. Handelte es sich um ein faschistisches Regime? In der Forschung – nicht nur der Geschichtswissenschaft, sondern auch anderer Disziplinen – wurde diese Frage lange kontrovers diskutiert. Es war naheliegend, dass ÖVP-nahe Historiker dabei die Rolle der Christlichsozialen nach Möglichkeit zu exkulpieren suchten, SPÖ-nahe Historiker umgekehrt Heimwehr und Christlichsoziale für die Zerstörung der Demokratie allein verantwortlich machten. Heute scheint sich sinnvollerweise ein gewisser Pluralismus durchgesetzt zu haben: Jede Forscherin und jeder Forscher verwendet jene Begriffe, die jeweils am geeignetsten und sinnvollsten erscheinen.

Unbestritten ist, dass die Heimwehr unter Starhemberg sich zunehmend mit dem Faschismus identifizierte. Der Amateurhistoriker Walter Wiltschegg – in seiner Jugend selbst Heimwehrmitglied – behauptet, dass zumindest ab 1932 Faschismus „das alltägliche Schlagwort der Heimwehr“ gewesen sei, gibt dabei zu bedenken, dass die Bewegung das italienische Vorbild nachahmen wollte, es aber tatsächlich bei einem „Möchtegern-Faschismus“ geblieben sei.⁹⁷ Er begründet das mit organisatorischen Mängeln, mit dem Fehlen einer einheitlichen Führung und mit dem Ausbleiben der Machtergreifung. Es ist nun allerdings eine merkwürdige Vorgangsweise, eine begriffliche Zuordnung abzulehnen, weil das mit dem Begriff verbundene politische Programm nicht oder nicht vollständig realisiert worden sei.

In den letzten Jahrzehnten wurden, wie erwähnt, unterschiedlichste Begriffe für das Regime vorgeschlagen und diskutiert. Die Schwierigkeiten mit dem Namen für diese merkwürdige Regierung eines nicht minder merkwürdigen Staates erinnern an Musils Diagnose vom Staat, den es „nun einmal gab, wenn auch ohne richtigen Namen“.⁹⁸ Aber Robert Musil hatte die untergegangene Habsburgermonarchie im Visier, nicht den Kleinstaat Österreich, in dem er schrieb. Recht elegant haben die jungen Historiker Lucile Dreidemy und Florian Wenninger das Problem gelöst; sie sprechen im Titel ihres informativen Bandes vom Dollfuß/Schuschnigg-Regime und schreiben in der Einleitung: „Der Austrofaschismus ist zurück.“ Als Erläuterung fügen sie hinzu: „Die Regimebezeichnung der Diktatur Dollfuß/Schuschnigg variiert in den einzelnen Beiträgen dieses Bandes. Die HerausgeberInnen sehen im österreichischen Regime den Versuch, in Anlehnung an Italien ein faschistisches System ‚von oben‘ zu etablieren. Das Produkt dieser Bemühungen zeichnete sich neben seiner chronischen Instabilität durch eine Reihe von Spezifika aus, die es uns gerechtfertigt erscheinen lassen, von einer eigenen Unterkategorie auszugehen: dem Austrofaschismus.“⁹⁹

Die Etikettierung einer Person als Austrofaschist oder auch als Nationalsozialist hat zur Folge, dass alles an der Person hinter dem Etikett verschwindet. Was die Person vorher, nachher oder sogar gleichzeitig auch war, verblasst. Otto Ender hatte – nicht grundlos – einen weitreichenden Ruf als Republikaner und Demokrat. Der Historiker Meinrad Pichler stellte bei der Diskussion am 2. Dezember 2019 fest, es sei eine Legende, dass Ender jemals demokratischer Gesinnung gewesen sei. Als Demokrat habe jener sich nur so lange in Szene gesetzt, so lange er mit absoluter Mehrheit regieren konnte.¹⁰⁰ Das ist aus meiner Sicht eine oberflächliche Betrachtung. Gewiss: Ender hatte durchaus eine autoritäre Attitüde, etwa wenn er eigenmächtig die Vorführung von ihm persönlich missliebigen Filmen verhinderte, obwohl er wusste, dass er damit gegen das Gesetz verstieß. Das nahm er in Kauf. Doch andererseits stellte er durch zahlreiche unscheinbare – nicht an die große Glocke gehängte – Handlungen unter Beweis, dass er auch die kleinen, unwichtigen, anonymen Leute, Frauen wie Männer, ernst nahm. Er wehrte sich gegen den Heimwehr-Faschismus, obwohl er die Dienste

der Heimwehren als Ordnungskräfte gerne in Anspruch nahm, wenn es galt, gegen unbotmäßige Arbeiter, Streikende und Demonstranten vorzugehen. Und, nicht zuletzt: Er verhielt sich – soweit ich das aufgrund meiner beschränkten Kenntnis zu beurteilen vermag – im politischen Alltagsgeschäft, etwa bei der Leitung der Landtagssitzungen, im Großen und Ganzen fair gegenüber dem politischen Gegner.

Wird Ender nur als autoritäre und durch und durch antidemokratische Persönlichkeit betrachtet, geht nicht nur eine wichtige Dimension des Demokraten und Republikaners verloren, sondern man versteht dann auch nicht, was ihn an der Form der parlamentarischen Demokratie verzweifeln ließ. Ich denke aber, dass gerade ein Verstehen dieses problematischen Gesinnungswandels wichtig ist, vor allem deshalb, weil er kein Einzelfall war. Für Meinrad Pichler gibt es bei Ender keinen Gesinnungswandel und daher auch nichts zu verstehen. Und das dürfte Kurt Greussing ähnlich sehen: Ender trägt das Etikett „Austrofaschist“. Aber weil das nicht genügt, kommt noch das Etikett „NS-Sympathisant“ dazu. Ich muss gestehen: Diese Form der Argumentation, die Zitate ohne Rücksicht auf Zusammenhänge montiert, um bestimmte Tatbestände – vor allem den, dass Ender mit dem Nationalsozialismus im Deutschen Reich sympathisierte – zu konstruieren, finde ich bedauerlich. Denn sie unterschlägt die Dynamik, die man kennen muss, um beurteilen zu können, warum ein Politiker einen derartigen Gesinnungswandel durchmacht und seine Haltung ändert. Warum und wie kann es zu derartigen Metamorphosen kommen?

Das aus meiner Sicht Problematischste an der Haltung Enders – und damit war er leider unter den Politikern aller Parteien in bester Gesellschaft – war die unerbittliche Feindseligkeit dem politischen Gegner gegenüber. Vieles von dem, was er über Sozialdemokraten, Marxisten und Liberale sagte, hatte ausschließlich denunziatorischen Charakter. Manche

Vorwürfe, die er an die sozialdemokratische Partei richtete, waren wohl berechtigt, etwa wenn es sich um die Taktik der Obstruktion handelte (etwa mittels Blockade im Nationalrat oder in einer anderen gesetzgebenden Körperschaft), die durchaus nicht immer gerechtfertigten Streikdrohungen und um den sogenannten „Terror“, also Zwangsmitgliedschaften, die die freien Gewerkschaften häufig in den größeren Betrieben durchsetzten.¹⁰¹

Der Einsatz des Begriffs Austrofaschismus als analytische Kategorie ist für mich einerseits unbefriedigend, denn was Politiker wie Engelbert Dollfuß, Otto Ender, Kurt Schuschnigg, Richard Schmitz, Anton Rintelen, Ernst Rüdiger Starhemberg, Richard Steidle und Emil Fey (um nur einige zu nennen) gemacht haben und wie ihre Praktiken zu beurteilen sind, erklärt sich nicht durch die mehr oder weniger passende Anwendung eines übernommenen Begriffes bzw. eines Konzepts oder Modells, sondern nur durch einen systematisch-analytischen Vergleich ihrer Aussagen und Handlungen. Entscheidend ist aus meiner Sicht also nicht, wie man Ender bezeichnen kann, sondern was er gesagt und getan hat – auch in Auseinandersetzung mit anderen. Und nicht zuletzt: Wie man seine politischen Überlegungen, Konzepte und Praktiken kritisiert. Dass eine derartige Kritik nicht von der Anwendung einzelner Begriff abhängig ist, haben nicht wenige Forscher gezeigt.¹⁰² Andererseits muss man Otto Ender, wenn man sich wie Emmerich Tálos und viele andere dafür entscheidet, den Begriff Austrofaschismus einzusetzen, für die Phase ab März 1933 durchaus als Austrofaschisten bezeichnen. Wie lange er es geblieben ist, lässt sich nicht sagen, eine spätere öffentliche Distanzierung vom Regime ist nicht überliefert. Wichtiger als die Beantwortung der Frage, ob er ein Austrofaschist war, ist für mich die Beantwortung der Frage, wie und warum er zu einem jener Politiker geworden ist, der sich an der Zerstörung der Demokratie tatkräftig beteiligt hat. ■

1 Peter MELICHAR, Otto Ender 1875–1960 – Landeshauptmann, Bundeskanzler, Minister. Untersuchungen zum Innenleben eines Politikers. Wien/Köln/Weimar 2018, S. 19.

2 Kurt GREUSSING, Otto Ender: Sein Versuch einer Positionierung gegenüber Nationalsozialismus und autoritärem Staat. Zu Peter Melichars Otto Ender-Biografie, in: Montfort 2/2019, S. 73–80, hier S. 73 und 79.

3 Dornbirn, 2.12.2019; <https://www.malingsellschaft.at/aktuell/veranstaltungen/02-12-2019-podiumsdiskussion-war-otto-ender-ein-faschist>.

4 Richard Steidle (1881–1940), Rechtsanwalt in Innsbruck, 1919–1934 Abgeordneter des Tiroler Bauernbundes zum Tiroler Landtag, 1918–1921 und nochmals 1933–1934 war er Landesrat, 1922–1931 Mitglied des Bundesrates. Von 1926 bis 1930 war er Bundesführer der Selbstschutzverbände; 1933 kurzfristig Sicherheitsdirektor von Tirol, vom November 1933 bis zum Juli 1934 Bundeskommissar für Propaganda; ab Juli 1934 war er bis zum Anschluss 1938 Generalkonsul in Triest. 1938 wurde er verhaftet und 1940 in

Buchenwald ermordet. Zu Steidle gibt es keine Biographie.

5 Christine VLCEK, Der republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation. Masch. phil. Diss. Wien 1972; Finbarr McLoughlin, Der Republikanische Schutzbund und gewalttätige politische Auseinandersetzungen in Österreich 1923–1934. Masch. phil. Diss. Wien 1990; Otto NADERER, Der bewaffnete Aufstand. Der Republikanische Schutzbund der österreichischen Sozialdemokratie und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg 1923–1934. Graz 2004.

6 Artikel 124 des Staatsvertrages von St. Germain besagte: „Jede Truppenformation, die nicht in den diesem Abschnitt beigefügten Übersichten vorgesehen ist, ist verboten.“ Entsprechend untersagte das Wehrgesetz von 1920 im § 34 das unbefugte Aufstellen einer bewaffneten Macht. Vgl. dazu Walter BLASI, Der bedrohte Staat. Über rivalisierende Wehrverbände, ein ausgehöhltes Gewaltmonopol und die latente Bürgerkriegsgefahr in der Ersten Republik, in: SIAK-Journal – Zeitschrift

für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, 2/2015, S. 86–97, hier S. 91.

7 Hin und wieder kam es zur Beschlagnahme von Waffen (vgl. etwa: Weitere Waffenbeschlagnahme beim Fürsten Starhemberg, in: Vorarlberger Wacht, 8.8.1929, S. 2), wobei auffällig war, dass die Exekutive sich – zumindest ab 1931 – viel stärker auf die Waffenverstecke des Republikanischen Schutzbundes konzentrierte.

8 Der Begriff Heimwehrafaschismus (häufig in der Schreibweise „Heimwehrrfaschismus“) wurde um 1928 recht häufig. Auf einzelne Belegstellen – über das online-Portal „Anno“ der Nationalbibliothek kann man leicht fündig werden – wird hier verzichtet. Einen bemerkenswerten Kommentar zur „Erfindung“ des Begriffs publizierte die christlich-soziale Reichspost 1929 in unmittelbarer Reaktion auf einen blutigen Zusammenstoß in St. Lorenzen zwischen bewaffneten Verbänden des Republikanischen Schutzbundes und der Heimwehren: „In der Sorge um die bedrohten Stellungen der Partei schaut sich die österreichische Sozialdemokratie um Bundesgenossen um. Deshalb wird die

- Sorge um die Demokratie vorgeschoben, deshalb wurde das Wort ‚Heimwehrfaschismus‘ erfunden. Auf diese Weise ist es möglich, im Inlande und auch im Auslande Bundesgenossen außerhalb der sozialdemokratischen Partei zu werben. Die Sozialdemokraten wissen sehr genau, daß die Aufrichtung eines faschistischen Regierungssystems in Oesterreich schlechthin unmöglich ist und auch von keiner ernst zu nehmenden Gruppe geplant ist.“ Eine traurige Ernte, in: Reichspost, 19.8.1929, S. 1–2, hier S. 1.
- 9 Vgl. Karl MAYR, Was hinter der Heimwehr steckt. Bayrisch-österreichischer Faschismus, in: Salzburger Wacht, 27.8.1929, S. 1–2.
- 10 Zur Geschichte der Selbstschutzverbände bzw. der Heimwehren gibt es eine ganze Reihe von Studien, die wichtigsten sind: Lajos KERÉKES, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr. Wien 1966; Bruce F. PAULEY, Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Steirischer Heimatschutz und österreichischer Nationalsozialismus 1918–1934. Wien/München/Zürich 1972; Ludger RAPE, Die österreichischen Heimwehren und die bayrischen Rechte 1920–1923. Wien 1977; C. Earl EDMONDSON, The Heimwehr and Austrian Politics 1918–1936. Athens 1978; Walter WILTSCHEGG, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7). Wien 1985; C. Earl EDMONDSON, Heimwehren und andere Wehrverbände, in: Emmerich TÁLOS u. a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Wien 1995, 261–276; Lothar HÖBELT, Die Heimwehren und die österreichische Politik 1927–1936. Vom politischen „Kettenhund“ zum „Austro-Faschismus“? Graz 2016.
- 11 Besonders interessant sind die Aufsätze von Oda Olberg, Johann Hirsch, Wilhelm Ellenbogen, Otto Bauer und Karl Polanyi, die sich intensiv mit dem italienischen und österreichischen Faschismus beschäftigten: Oda OLBERG, Ist der Faschismus eine Klassenbewegung?, in: Der Kampf, Jg. 18, Oktober 1924, S. 390–398; dies., Der Rechtsputsch und die bürgerlichen Klassen, in: Der Kampf, Jg. 24, Jänner 1931, S. 1–6; Johann HIRSCH, Lumpenbourgeoisie, in: Der Kampf, Jg. 19, März 1926, S. 119–126; ders., Zur Soziologie des Austrofaschismus, in: Der Kampf, Jg. 22, Mai 1929, S. 222–227; Wilhelm ELLENBOGEN, Der österreichische Faschismus und wir, in: Der Kampf, Juni 1933, Jg. 26/Nr. 6, S. 229–235; Otto BAUER, Um die Demokratie (1933), in: ders., Werkausgabe, Bd. 9. Wien 1980, 303–315 und schließlich Karl POLANYI, Das Wesen des Faschismus [1934], in: Ders., Ökonomie und Gesellschaft. Frankfurt am Main 1979, S. 91–126.
- 12 Der Rechtsanwalt Eduard Reut-Nicolussi (1888–1958), der 1919 noch im österreichischen Nationalrat saß, ab 1921 aber als Südtiroler Abgeordneter im italienischen Parlament und 1927 vor den Faschisten nach Österreich flüchten musste, überdies bekannt für seine 1928 publizierte Streitschrift „Tirol unterm Beil“, kritisierte diesen „Verkauf“ bzw. „Verrat“ Südtirols vehement. Er konfrontierte Steidle mehrfach mit dem Verdacht, die Heimwehr werde von Italien finanziert und informierte auch andere Politiker, etwa Seipel und Dollfuß. Steidle bestritt Reut-Nicolussi gegenüber irgendwelche Abmachungen mit Italien. Vgl. dazu die entsprechenden Schreiben und Stellungnahmen Eduard Reut-Nicolussi, in: Michael GEHLER, Eduard Reut-Nicolussi und die Südtirolfrage 1918–1958. Streiter für die Freiheit und Einheit Tirols, Teil 2. Dokumentenedition, vorwiegend aus dem Nachlass. Innsbruck 2007, S. 154, S. 292–293, S. 308 f. und S. 313.
- 13 Der Jurist Franz Gschnitzer (1899–1968) studierte in Innsbruck, habilitierte sich dort 1925. Seit 1928 war er ordentlicher Professor für Privat- und Arbeitsrecht, sowie für römisches Recht an der Universität Innsbruck.
- 14 [Franz GSCHNITZER], Die Ziele der Heimatwehr, in: Innsbrucker Nachrichten, 28.2.1930, S. 8.
- 15 Otto ENDER, Friede muß gewollt sein und gewirkt werden, in: Vorarlberger Volksblatt, 23.12.1925, S. 10–11.
- 16 Ender sagte in seiner Rede: „Jedenfalls aber könnte der Vorarlberger Heimatdienst nicht mittun, denn als politische Partei ist er undenkbar. Eine Partei zur Einrichtung des Landes machen mit dem Landeshauptmann an der Spitze: das ist ganz unmöglich.“ Zehnjahrfeier des Vorarlberger Heimatdienstes, in: Vorarlberger Landes-Zeitung, 26.5.1930, S. 2.
- 17 In einer Ausgabe, die eine vier große Druckseiten umfassende Rede Steidles publizierte, stand in einem Kommentar auf der Titelseite, Steidles Rede lasse erkennen, „daß das Programm, das die wehrhaften Verbände zur Geltung bringen wollen, nichts mit dem zu tun hat, was man gemeinhin Faschismus nennt. Es handelt sich nicht um das Bestreben, eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung über alle anderen zu setzen, sondern die Kräfte aller in zweckgemäßer Weise aus das öffentliche Wohl hinzuordnen.“ Volkesstimme, in: Tiroler Anzeiger, 27.10.1926, S. 1. Die Rede Steidles thematisiert den Begriff Faschismus nicht; sie enthält neben der üblichen vehementen Kritik des sozialdemokratischen Gegners eine nicht weniger harte Kritik an der „denkfaulen Masse des Bürgertums“. Vgl. [Richard Steidle], Der Kampf um die Macht im Staate, das versagende Parlament und die Aufgaben der vaterländischen Wehrverbände. Rede des Landesführers der Tiroler Heimatwehren [...]. Gehalten in den Innsbrucker Stadtsälen am 26. Oktober 1926, in: Tiroler Anzeiger, 27.10.1926, unpag. Beilage.
- 18 Richard STEIDLE, Rede im Tiroler Landtag, 25.1.1929, in: ders., Von Wiener-Neustadt bis Gmunden. Reden des 1. Bundesführers der österreichischen Selbstschutzverbände [...]. Innsbruck 1929, S. 16–18, hier S. 17 f.
- 19 Ebenda.
- 20 Anton STAUDINGER, Christlichsoziale Partei und Errichtung des „Autoritären Ständestaates“ in Österreich, in: Ludwig JEDLICKA/Rudolf NECK Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938 [...]. Wien 1975, S. 65–81, hier S. 65.
- 21 Vorarlberger Landesarchiv (VLA), Handakten Landeshauptmann Otto Ender, Schachtel 4, Korrespondenzen 1931–1932, L–P, Johann Josef Mittelberger an Ing. Ulrich Fußenegger, Dornbirn, 20.8.1929. Fußenegger hatte im Juni 1929 Mittelbergers Nachfolge angetreten, nachdem dieser Finanzminister geworden war. Vgl. Außerordentliche Generalversammlung des christlichsozialen Volksvereines für Vorarlberg. Wahl des Ing. Ulrich Fußenegger zum Parteiobmann, in: Vorarlberger Volksblatt, 3.6.1929, S. 1.
- 22 Walter Pfrimer (1881–1968), seit 1913 Rechtsanwalt in Judenburg, Steiermark. Er gilt als Gründer und Landesführer des Steirischen Heimatschutzes. Wegen eines Putschversuchs am 13. September 1931 wurde angeklagt, jedoch am 18. Dezember 1931 vom Schwurgericht Graz freigesprochen. Vgl. Josef HOFMANN, Der Pfrimer Putsch. Der steirische Heimwehrprozeß des Jahres 1931 (Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte und des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien 4). Wien/Graz 1965; Christian ZECHNER, Walter Pfrimer – ein deutschnationaler Heimatschutzführer als Wegbereiter für den Nationalsozialismus in der Steiermark. Dipl.-Arbeit Graz 2004.
- 23 VLA, Nachlass Otto Ender, Schachtel 9, Johann Josef Mittelberger an Otto Ender, 26.8.1929. Vgl. Aufruf an die Mitglieder des Vorarlberger Heimatdienstes, in: Vorarlberger Volksblatt, 20.8.1929, S. 1. Dieser Aufruf war eine Reaktion auf die blutigen Zusammenstöße zwischen Heimwehrleuten und Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes in St. Lorenzen (Steiermark): „Kameraden! Bewahrt trotz Eurer begreiflichen Empörung und Entrüstung Besonnenheit und Ruhe, denn Ihr könnt versichert sein, daß Euere Führer von keinem Schritte der Selbsthilfe zurückschrecken werden, wenn die Staatsgewalt nicht imstande sein sollte, dem verletzten Rechte hinreichende Genugtuung zu verschaffen!“ Unterzeichnet hatten Steidle als 1. und Pfrimer als 2. Bundesführer.
- 24 VLA, Handakten Landeshauptmann Otto Ender, Schachtel 4, Korrespondenzen 1931–1932, L–P, Otto Ender an Bundesminister Mittelberger, 27.8.1929.
- 25 „Der Vorarlberger“, sagte Ender in seiner Rede, „liebt die Selbständigkeit. Wenn er das tut, muß er auch den anderen die Freiheit der Selbstbestimmung lassen. Die Verhältnisse sind hier so und anderswo anders und auch die Heimatwehr eines jeden Landes richtet sich nach den dortigen anderen Verhältnissen. Aber eines ist uns Bürgern allen gemeinsam: die demokratische Republik. Und da sagt man nun, die Heimatwehr wolle das Parlament hinwegfegen und die republikanische Verfassung zerschlagen. Ich glaube beides nicht, aber ich weiß eines. Ich weiß, dass wir eine Minderheit haben, die das Parlament an jeder Handlungsfreiheit gehindert und lahmgelegt hat. Daß wir Männer des Vorarlberger Heimatdienstes nicht so etwas verstehen unter Demokratie, das weiß ich auch. Wenn eine Verfassung solchen Mißbrauch der demokratischen Freiheit ermöglicht, bedarf sie der Verbesserung. Es sind nicht die Schlechtesten, die das erkennen und die Verbesserung haben wollen.“ Wimpelweihe des Vorarlberger Heimatdienstes, in: Vorarlberger Volksblatt, 9.9.1929, S. 1–2, hier 1.
- 26 Ernste Gefahren, in: Der Österreichische Volkswirt, 21. Jg., Nr. 44, 3.8.1929, S. 1173.

- 27 Peter EIGNER/Peter MELICHAR, Das Ende der Boden-Credit-Anstalt 1929 und die Rolle Rudolf Siegharts, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 19/2008, S. 56–114.
- 28 Vgl. KERÉKES, Abenddämmerung einer Demokratie, S. 21–23.
- 29 Waldemar Pabst (1880–1970), ein deutscher Offizier, der an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin beteiligt war, flüchtete nach dem Kapp-Putsch, an dem er ebenfalls beteiligt war, nach Tirol und wurde als „Stabsleiter“ des Landesführers Richard Steidle zum wichtigsten militärischen und organisatorischen Berater der österreichischen Heimwehren; 1930 wurde er aus Österreich ausgewiesen. Daneben war er auch an den Planungen zu einer „faschistischen Internationale“ beteiligt. Vgl. Klaus GIETINGER, Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere. Hamburg 2009, S. 231–307; Manfred WICHMANN, Waldemar Pabst und die Gesellschaft zum Studium des Faschismus 1931–1934. Berlin 2013.
- 30 Othmar Spann (1878–1950) hatte sich 1907 an der Technischen Hochschule Brunn für Volkswirtschaft habilitiert und war seit 1919 Ordinarius für Nationalökonomie und Gesellschaftslehre an der Universität Wien. Spann hatte nicht nur als Professor großen Erfolg bei den Studenten, er konnte wichtige Persönlichkeiten in den mächtigen Wirtschaftsverbänden für sich interessieren und wurde immer wieder zu entsprechenden Tagungen eingeladen. Gleichzeitig gelang es ihm, eine größere Zahl von Schülern auf vielfältige Weise zu fördern, insbesondere durch die Ermöglichung von Habilitationen, Publikationsmöglichkeiten und die Vermittlung von Stellen. Der „Spann-Kreis“ war unter allen akademischen Zirkeln – man denke an jene um Ludwig Mises, Sigmund Freud, Charlotte und Karl Bühler und nicht zuletzt an den Wiener Kreis um Moritz Schlick – gewiss der einflussreichste. Vgl. Klaus-Jörg SIEGFRIED, Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns. Zur politischen Funktion seiner Gesellschaftslehre und Ständestaatskonzeption. Wien 1974.
- 31 Der bedeutendste dieser Schüler war Walter Heinrich (1902–1984), seit 1928 Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Welt-handel in Wien. Er wurde immer wieder als Autor des „Korneuburger Eides“ genannt. Heinrich hatte sich mit Arbeiten über den Faschismus in Italien und das Ständewesen profiliert und war im Auftrag der Heimwehr programmatisch tätig, vgl. [Walter HEINRICH], Grundsätzliche Gedanken über Staat und Wirtschaft. Ein programmatischer Vortrag über die geistigen Grundlagen der Heimatwehrbewegung im Auftrage der Bundesführung der österreichischen Selbstschutzverbände [...]. Innsbruck/Judenburg [1929].
- 32 Othmar SPANN, Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft (1921), Jena 1938, S. 253.
- 33 Vgl. Karl POLANYI, Othmar Spann, der Philosoph des Faschismus (1934), in: Ders., Chronik der großen Transformation. Artikel und Aufsätze (1920–1947), Bd. 3. Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus. Marburg 2005, S. 222–232.
- 34 Rudolf NECK/Kurt PEBALL (Hg.), Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abt. VI, Bd. 1, Kabinett Ernst Streeruwitz 4. Mai 1929 bis 26. September 1929/Kabinett Dr. Johannes Schober 26. September 1929 bis 29. November 1929, Bearbeiterin: Eszter Dörner-Brader. Wien 1988, S. 177 (20.9.1929).
- 35 Ebenda, S. 216 (30.9.1929).
- 36 VLA, Nachlass Otto Ender, Schachtel 9, Mappe Heimwehr, Richard Steidle, Rede am 18. Mai 1930 in Korneuburg, Kopie des Redemanuskriptes.
- 37 Die zentralen Sätze der Eides-Formel lauteten: „Wir verwerfen den westlich-demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat. Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteivertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und den fähigsten und bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird. Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und durch die liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung. Wir wollen auf berufständischer Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen. Wir werden den Klassenkampf überwinden, die soziale Würde und Gerechtigkeit herstellen.“ Der Korneuburger Eid, 1930, in: Klaus BERCHTOLD (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966. Wien 1967, S. 402–403; Walter WILTSCHEGG, Zum „Korneuburger Gelöbnis“ der Heimwehr. Die wunderlichen Wege eines politischen Dokuments, in: Geschichte und Gegenwart 2/1986, S. 139–158.
- 38 In der Reichspost wurde das Ergebnis von Enders Kompromissvorschlag verlautbart: „Das Kampfziel der Heimatwehren, wie es in den Besprechungen zwischen den Führern der Heimatwehren und den Vertretern der christlichsozialen Partei dargelegt wurde, kann auch ein christlichsozialer Mandatar verfolgen. Wer das so verstandene ‚Gelöbnis‘ leistet, muß mit den Grundsätzen der christlichsozialen Partei nicht unbedingt in einen Gegensatz kommen.“ Vgl. Die Christlichsozialen und das Kampfziel der Heimatwehren. Richtungsgebende Entschließung des großen Klubs der Christlichsozialen Vereinigung, in: Reichspost, 5.6.1930, S. 1.
- 39 VLA, Nachlass Otto Ender, Schachtel 9, Mappe „Heimwehr“, Otto Ender an Richard Steidle, 12.7.1930.
- 40 Sowohl der zuständige Bezirkshauptmann als auch die zuständigen Polizeibeamten qualifizierten unabhängig voneinander die Eidesformel als „faschistisch“. Vgl. WILTSCHEGG, Zum „Korneuburger Gelöbnis“, 145. Selbst der Tiroler Bauernbund, den Steidle im Landtag vertreten hatte, fasste am 16. November 1930 den Beschluss, Steidle auszuscheiden und zwar mit der Begründung: „Die Tiroler Bauern, die im Weltkrieg Seite an Seite mit den Südtirolern gegen Italien gekämpft haben, sind nicht gewillt, sich ins Lager des Faschismus und auch nicht in das des Nationalismus führen zu lassen. Der Tiroler Bauernbund lehnt jeden Putsch ab und hält an den Grundsätzen der Demokratie unverbrüchlich fest.“ Vgl. Die Tiroler Bauern gegen Pabst und andere Heimwehr-Faschisten, in: Prager Tagblatt, 19.11.1930, S. 2. Vgl. dazu auch Leopold KUNSCHAK, Österreich 1918–1934. Wien 1934, S. 126.
- 41 Zehnjahresfeier des Vorarlberger Heimatdienstes, in: Vorarlberger Landes-Zeitung, 26.5.1930, S. 1–2, hier 2.
- 42 Vgl. dazu MELICHAR, Otto Ender, S. 186 ff.
- 43 Der „Marsch auf Wien“ geisterte auf vielfältige Weise durch die Zeitungsmeldungen der 1920er-Jahre, teils ironisch, teils als Bedrohung (z. B. dass die Heimwehrtagung in Wiener-Neustadt eine Generalprobe für einen faschistischen „Marsch auf Wien“ sei [...]). Der 7. Oktober, in: Reichspost, 13.9.1928, 1). 1929 nahm die Phantasie vom „Marsch auf Wien“ nach dem Rücktritt der Regierung Seipel mit wiederholten Heimwehraufmärschen und laufenden verbalen Kraftakten diverser Heimwehrführer bedrohliche Formen an.
- 44 Wege und Ziele der Heimwehr. Rede des Landeshauptmannes Dr. Ender im Volksverein, in: Vorarlberger Volksblatt, 13.6.1930, S. 1–2, hier 2.
- 45 Ebenda.
- 46 Ebenda.
- 47 Ebenda, S. 1.
- 48 Zehnjahresfeier des Vorarlberger Heimatdienstes, in: Vorarlberger Landes-Zeitung, 26.5.1930, S. 2.
- 49 Wege und Ziele der Heimwehr. Rede des Landeshauptmannes Dr. Ender im Volksverein, in: Vorarlberger Volksblatt, 13.6.1930, S. 1–2.
- 50 Ernst HANISCH, Der große Illusionist Otto Bauer (1881–1938). Wien/Köln/Weimar 2011, S. 281.
- 51 Sozialdemokratie und Lausanne, in: Der österreichische Volkswirt, 28.1.1933, S. 402.
- 52 Vgl. Ludwig REICHHOLD, Opposition gegen den autoritären Staat. Wien 1964.
- 53 [Otto ENDER], Kampf oder Kapitulation? Rede des Herrn Landeshauptmannes Dr. Ender auf dem Parteitag in Rankweil am 1. Mai, in: Vorarlberger Volksblatt, 2.5.1933, S. 2–3, hier S. 3.
- 54 MELICHAR, Otto Ender, S. 92 ff.
- 55 Ernst Rüdiger Starhemberg behauptete: „Bewußt habe ich den Ausdruck Austrofaschismus geprägt. Bewußt und wohlüberlegt habe ich mich und damit den österreichischen Heimatschutz als den Träger des österreichischen Faschismus erklärt [...]“. Vgl. Ernst Rüdiger STARHEMBERG, Österreichs Weg. Von Bundesführer [...]. Wien 1934, S. 5.
- 56 Die Vaterländische Front wurde 1933 auf Initiative von Engelbert Dollfuß gegründet und sollte „Träger des österreichischen Staatsgedankens“ werden.
- 57 Die österreichische Aktion. Programmatische Studien von August M. KNOLL, Alfred MISOLOG, Wilhelm SCHMID, Ernst Karl WINTER, H. K. ZESSNER-SPITZENBERG. Wien 1927; Katholisch-soziales Manifest (Veröffentlichung der Studienrunde katholischer Soziologen 1). Wien 1932.
- 58 Die neue Österreichische Verfassung mit dem Text des Konkordates. Eingeleitet und erläutert von Bundesminister Dr. O. ENDER (Der neue Staat, Band 1). Wien/Leipzig 1934, S. 33 (Präambel) und 34 (Art. 3.3).
- 59 Heimatschutzführer geloben, Austrofaschismus durchzusetzen, in: Neues Wiener Journal, 16.12.

- 1933, S. 1. Rudolf Hoyos, Vorsitzender des Staatsrates, meinte jedoch im Oktober 1934 in einem Schreiben an Bundespräsident Miklas etwas resigniert, das „rechte zündende Wort für die spezielle Art von österreichischem Fascismus müßte erst gefunden werden“. Zit. n. Gertrude ENDERLE-BURCEL, Vom Parlament zum Haus der Stände, in: Dies., Christlich-Ständisch-Autoritär. Mandatare im Ständestaat 1934-1938. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Staatsrates, Bundeskulturrates, Bundeswirtschaftsrates und Länderrates sowie des Bundestages, Wien 1991, S. 7–34, hier S. 33.
- 60 Wilhelm ELLENBOGEN, Der österreichische Faschismus und wir, in: Der Kampf, Jg. 26, Juni 1933, S. 229–235, hier S. 234.
- 61 Erich VOEGELIN, Der autoritäre Staat. Ein Versuch über das österreichische Staatsproblem (Forschungen aus Staat und Recht 119). Wien/New York 1997, S. 180. Erich (später: Eric) Voegelin (1901–1985) studierte in Wien bei Hans Kelsen und Othmar Spann, habilitierte sich an der Wiener Universität für Gesellschaftslehre und Staatstheorie, emigrierte 1938 in die USA, wo er bis zu seinem Tod an verschiedenen Universitäten lehrte; zwischen 1958 und 1969 hatte er einen Lehrstuhl in München inne.
- 62 Charles A. GULICK, Österreich von Habsburg zu Hitler, 5 Bde. Wien 1948.
- 63 Ebenda, Bd. 5, S. 126–255.
- 64 Walter GOLDINGER, Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse in Österreich von 1918 bis 1945, in: Heinrich BENEDIKT (Hg.), Geschichte der Republik Österreich. Wien 1954, S. 15–288.
- 65 „Der vor allem um die Seelsorge bekümmerte Klerus“, schreibt Wandruszka, „kannte nur zu gut die seelsorgerischen Schwierigkeiten, die die Folge der kirchlichen Unterstützung für das Regierungssystem waren, die Vorwürfe, die von den Angehörigen der politisch ausgeschalteten Gruppen gegen die Kirche erhoben wurden, die Problematik einer auf staatsrechtlich anfechtbarer Basis beruhenden Verfassung, die mit der Anrufung des Namens Gottes begann, eines Regimes, das sich als ‚Christlicher Ständestaat‘ bezeichnete und das Bild der Mariazeller Muttergottes auf die Münzen prägte, das aber von allen Seiten bedroht, doch auf die Anwendung von Waffengewalt, auf den Einsatz der Machtmittel des modernen Polizeistaats nicht verzichten konnte.“ Adam WANDRUSZKA, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: BENEDIKT (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, S. 289–486, hier S. 345.
- 66 Vgl. etwa Adam WANDRUSZKA, Die Erbschaft von Krieg und Nachkrieg, in: JEDLICKA/NECK (Hg.), Vom Justizpalast zum Heldenplatz, S. 26–32, hier S. 28; „Ständestaatsregierung“.
- 67 Janko MUSULIN, Österreich: Ständestaat und Koalitionsregime, in: Wort und Wahrheit 13/1958, S. 534–537; Gerhard JAGSCHITZ, Von der Demokratie zum Ständestaat. Österreich 1918–1938, in: Österreich 1918–1938. Wien 1970, S. 53–72.
- 68 Ludwig REICHHOLD, Thesen über Austrofaschismus, in: Forum, Heft 122, Februar 1964, S. 65–67, hier S. 65.
- 69 Ebenda.
- 70 Ebenda.
- 71 Ebenda, S. 67.
- 72 Ebenda.
- 73 Es waren vor allem die Publikationen von Norbert Leser, Ernst Glaser, Alfred Pfabigan und die Einstellungen von Siegfried Mattl und Helene Maimann zur Arbeiterkultur und zum Februar 1934 und seinen Folgen, die zur Wiederentdeckung dieser 1934 zerstörten und 1945 kaum wiederbelebten Lebenszusammenhänge und Wissensbestände führten. Vgl. Norbert LESER, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis. Wien 1968; Ernst GLASER, Umfeld des Austromarxismus. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des österreichischen Sozialismus. Wien 1981; Alfred PFABIGAN, Max Adler. Eine politische Biographie. Frankfurt am Main 1982; Helene MAIMANN (Hg.), Mit uns zieht die neue Zeit. Arbeiterkultur in Österreich 1918–1934. Wien 1981; Helene MAIMANN/Siegfried MATTL (Hg.), Die Kälte des Februar. Österreich 1933–1938. Wien 1984.
- 74 Ernst HANISCH, Otto Bauers Theorie des „Austrofaschismus“, in: Zeitgeschichte 1/1974, S. 251–263, hier S. 251.
- 75 Emmerich TÁLOS/Wolfgang NEUGEBAUER (Hg.), „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938. Wien 2014 (Orig. 1984).
- 76 Emmerich TÁLOS, Das Herrschaftssystem 1934 – 1938: Erklärungen und begriffliche Bestimmungen, in: Emmerich TÁLOS/Wolfgang NEUGEBAUER (Hg.), „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938. Wien 2014 (Orig. 1988), S. 345–365, hier S. 364.
- 77 Emmerich TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte 8). Wien 2013, S. 586.
- 78 Gerhard Botz kommt zum Urteil: „Im vollen Sinn faschistisch war der sog. ‚Austrofaschismus‘ nicht.“ Gerhard BOTZ, Der „Christliche Ständestaat“: Weder System noch Faschismus, sondern berufsständisch verbrämte „halbfaschistisch“-autoritäre Diktatur im Wandel, in: Lucile DREIDEMY u. a. (Hg.), Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert. Wien/Köln 2015, S. 202–217, hier S. 217.
- 79 Klaus-Jörg SIEGFRIED, Klerikalfaschismus. Zur Entstehung und sozialen Funktion des Dollfussregimes in Österreich. Ein Beitrag zur Faschismuskussion (= Sozialwiss. Studien 2), Frankfurt am Main (Lang) 1979. Von Hanisch „als unbrauchbar“ kritisiert; vgl. Ernst HANISCH, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“, in: TÁLOS/NEUGEBAUER (Hg.), „Austrofaschismus“, S. 53–73, hier S. 53 und S. 70 (Fn. 2).
- 80 Der Begriff „Regierungsdiktatur“ wollte nicht zum Ausdruck bringen, dass die Diktatur sich allein auf die Regierung beschränkte, sondern wurde mit der Begründung geprägt, man solle „das Herrschaftssystem der Jahre 1934 bis 1938 als das bezeichnen, was es wirklich war: das System eines innen-, außen- und wirtschaftspolitisch in einer permanenten Krise steckenden autoritären Staates, bei dem die normsetzende Gewalt zu einem Großteil in der Regierung aufgegangen war und der daher über weite Strecken den Charakter einer Regierungsdiktatur hatte.“ Vgl. Helmut WOHNOUT, Regierungsdiktatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich (Studien zu Politik und Verwaltung 43). Wien/Köln/Weimar, S. 434.
- 81 „Kanzlerdiktatur“ wurde die Regierung Otto von Bismarcks genannt. Vgl. Hans-Ulrich WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des ersten Weltkrieges 1849–1914. München 1995, S. 362 f. In Anlehnung daran sprachen Manfred Welan und Heinrich Neisser von einer „verschleierte Kanzlerdiktatur“. Manfred WELAN/Heinrich NEISSER, Der Bundeskanzler im österreichischen Verfassungsgefüge. Wien 1971, S. 48. Mehr als 30 Jahre später griff Helmut Wohnout dies auf. Vgl. Helmut WOHNOUT, Anatomie einer Kanzlerdiktatur, in: Hedwig KOPETZ u. a. (Hg.), Sozio-kultureller Wandel im Verfassungsstaat. Phänomene politischer Transformation (Studien zu Politik und Verwaltung 90/2). Wien/Köln/Weimar 2004, S. 961–974, S. 964.
- 82 Anton Pelinka hat in seiner Studie über die christliche Arbeiterbewegung durchgängig den Begriff des autoritären Ständestaates verwendet, vgl. Anton PELINKA, Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933–38. Wien/München/Zürich 1972, S. 9 ff. und S. 17 ff.
- 83 Ewald WIEDERIN, Christliche Bundesstaatlichkeit auf ständischer Grundlage: Eine Strukturanalyse der Verfassung 1934, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schöltenberger (Hrsg.), Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime. Wien/Köln/Weimar 2012, S. 31–42, hier S. 42.
- 84 Ein Porträt von Engelbert Dollfuß, das bis 2017 im Parlamentsklub der ÖVP hing, gab immer wieder zu polemischen Kommentaren Anlass. Vgl. ÖVP-Parlamentsklub verzichtet künftig auf Dollfuß-Porträt, in: Wiener Zeitung, 19.07.2017 (https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/905708_OeVP-Parlamentsklub-verzichtet-kuenftig-auf-Dollfuss-Portraet.html, gesehen 30.7.2020).
- 85 GREUSSING, Otto Ender, S. 77.
- 86 [Otto ENDER], Kampf oder Kapitulation? Rede des Herrn Landeshauptmannes Dr. Ender auf dem Parteitag in Rankweil am 1. Mai, in: Vorarlberger Volksblatt, 2.5.1933, S. 2–3, hier 3.
- 87 VLA, Handakten Landeshauptmann Ender, Schachtel 4, Korrespondenzen 1931–1932, L-P, Otto Ender an Bundeskanzler Carl Vaugoin, 14.10.1930.
- 88 Innenminister im Kabinett Vaugoins war der Heimwehrführer und Großgrundbesitzer Ernst Rüdiger Starhemberg (1899–1956), der sich 1923 am Hitlerputsch beteiligt hatte, im Mai 1930 bei einem Treffen mit Adolf Hitler Möglichkeiten der Kooperation besprach und im September 1930 zum Bundesführer der Selbstschutzverbände gewählt wurde und damit Richard Steidle und Walter Pfriemer ablöste. Nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers Schober trat er in das von Carl Vaugoin gebildete, allerdings nur kurz bestehende Kabinett als Innenminister ein. In seinen „Erinnerun-

- gen“ erklärt Starhemberg mehrfach, dass er sich bis zum Eintritt in die Regierung Vaugoin mit dem Nationalsozialismus identifizierte. Vgl. Ernst Rüdiger STARHEMBERG, *Die Erinnerungen*. Wien/München ³1991, S. 74–96.
- 89 VLA, Handakten Landeshauptmann Otto Ender, Schachtel 4, Korrespondenzen 1931–1932, L–P, Bundeskanzler Carl Vaugoin an Otto Ender, 17.10.-1930.
- 90 VLA, Handakten Landeshauptmann Otto Ender, Schachtel 4, Mappe Korrespondenz 1931–32 E–G, Otto Ender an Oberlandesgerichtsrat Dr. Erne [beim Landesgericht Feldkirch], 21.11.1931.
- 91 VLA, Handakten Landeshauptmann Otto Ender, Schachtel 4, Mappe Korrespondenz 1931–32 H–K, Otto Ender an Hillbrand, 24.6.1932.
- 92 [Otto ENDER], Was erwarte ich von Jung-Vorarlberg? Rede des Landeshauptmanns Dr. Ender auf der großen Jungmänner-Versammlung in Rankweil, in: *Vorarlberger Volksblatt*, 3.6.1932, S. 1–2, 2.
- 93 VLA, Handakten Landeshauptmann Otto Ender, Schachtel 5, Korrespondenzen 1931–1932, St–Z, Otto Ender an Alois Tschabrunn, cand. arch. in Karlsruhe, 13.6.1932.
- 94 [Otto ENDER], Kampf oder Kapitulation? Rede des Herrn Landeshauptmannes Dr. Ender auf dem Parteitag in Rankweil am 1. Mai, in: *Vorarlberger Volksblatt*, 2.5.1933, S. 2–3, hier 2.
- 95 Ebenda.
- 96 Ebenda.
- 97 WILTSCHEGG, *Die Heimwehr*, S. 270.
- 98 Robert MUSIL, *Der Mann ohne Eigenschaften*, in: Ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 2, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 452.
- 99 Florian WENNINGER/Lucile DREIDEMY, Einleitung, in: WENNINGER/DREIDEMY (Hg.), *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes*. Wien/Köln/Weimar 2013, S. 7 (auch Anm. 1); ganz ähnlich wird übrigens von Ilse REITER-ZATLOUKAL/Christiane ROTH-LÄNDER/Pia SCHÖLNBERGER (Hg.), *Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß/Schuschnigg-Regime*. Wien/Köln/Weimar 2012 vorgegangen.
- 100 Vgl. Mitschnitt des ORF-Redakteurs Martin Hartmann von der Diskussion am 2.12.2019.
- 101 Gegen diesen „Terror“ der Gewerkschaften wurde das sogenannte Antiterrorgesetz verabschiedet, das Bundesgesetz vom 5. April 1930 zum Schutz der Arbeits- und der Versammlungsfreiheit, BGBl. 113/1930.
- 102 Um nur auf ein frühes Beispiel zu verweisen: Heinrich Bußhoffs Studie über „Das Dollfuß-Regime“, 1964 als Dissertation in Würzburg eingereicht und 1968 publiziert, enthält ohne die Anwendung des Begriffs Austrofaschismus mehr kritisches Potenzial sowohl die politischen Praktiken als auch den ideologischen (katholischen etc.) Hintergrund des Regimes betreffend als viele nachfolgende Studien, die den Begriff (Austro-)Faschismus bemüht haben. Vgl. Heinrich BUSSHOFF, *Das Dollfuß-Regime in Österreich in geistesgeschichtlicher Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der „Schöneren Zukunft“ und „Reichspost“* (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 6). Berlin 1968.